Wissenschaftliche Reihe – Heft 9

Institut für Staatspolitik



»Das hier ist Krieg!«

Die Rassenunruhen in Frankreich und die Zukunft der multikulturellen Gesellschaft

IfS



Die vorliegende Studie ist im Rahmen des Projekts »Institut für Staatspolitik (IfS)« entstanden.

Das IfS arbeitet seit Mai 2000 an der Zuspitzung politischer und metapolitischer Fragestellungen. Mittel dieser Arbeit sind Studien, eine eigene Zeitschrift – »Sezession«, Kollegs mit bis zu 400 Teilnehmern in Berlin sowie Akademien für Schüler und Studenten.

Das IfS arbeitet parteiunabhängig und lebt ausschließlich von der Unterstützung durch private Fördermittel.

Mehr Informationen finden Sie unter www.staatspolitik.de.

»Das hier ist Krieg!«

Die Rassenunruhen in Frankreich und die Zukunft der multikulturellen Gesellschaft

Wissenschaftliche Reihe – Heft 9
Arbeitsgruppe 3: Zuwanderung und Integration

Institut für Staatspolitik

Rittergut Schnellroda · 06268 Albersroda
Fax 034632 90942 · www.staatspolitik.de

Inhalt

Rittergut Schnellroda · 06268 Albersroda · Fax 034632 90942 · www.staatspolitik.de

Einleitung

Innerhalb weniger Wochen ist die europäische Öffentlichkeit auf dramatische Weise mit einer Realität konfrontiert worden, die in Jahrzehnten Gestalt angenommen hat. Sie wurde bisher aber kaum zur Kenntnis genommen und von interessierten Kreisen totgeschwiegen oder verharmlost: Gemeint ist die Verwandlung des alten Kontinents in ein ethnisch und kulturell fragmentiertes Gebilde, ein Konglomerat von Vielvölkerrepubliken, deren innere Stabilität verfällt.

Das erste, aufschreckende Ereignis war der Ansturm von Schwarzafrikanern auf die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla an der Grenze zu Marokko. Über den Bildschirm gingen immer wieder die Aufnahmen von Menschen, die mit letzter Kraft die hohen Grenzzäune zu überwinden suchten, um ihren Fuß auf europäischen Boden zu setzen und eine Aufenthaltsgenehmigung oder die Chance zum Untertauchen im spanischen Mutterland zu erhalten. Dann sah man auch die Sicherheitskräfte, die zunehmend massiver vorgingen, schließlich die marokkanischen Soldaten, die die Abgeschobenen in Wagen in die Wüste brachten und zur Rückkehr in ihre Heimatstaaten zwingen wollten.

Bei alldem wirkten die Verantwortlichen ratlos, und dieser Eindruck wurde weder durch das Auftreten einer EU-Delegation vor Ort, noch durch die Versicherungen der sozialistischen Regierung in Madrid gemildert, daß man den Zaun erhöhen und in Absprache mit den europäischen Partnern die Schließung der Grenze gegen unerwünschten Zuzug betreiben werde.

Bemerkenswert an den öffentlichen Debatten über das Thema war das Zurücktreten des humanitären Pathos, das bisher bei ähnlichen Gelegenheiten sofort die Debatte beherrscht und jede restriktive Maßnahme unmöglich gemacht oder mindestens sehr geschwächt hatte. Es schien, als seien sich die professionellen Befürworter verstärkter Einwanderung darüber klar, daß ein politischer Klimawandel drohe: Die Europäer würden nicht mehr nur hinter vorgehaltener Hand bekunden, daß »das Boot voll ist«, sondern mit Unruhe auf jede neue Migration in Masse oder auf dem Sickerweg reagieren.

Die Ereignisse von Ceuta und Melilla lagen im Oktober. Kurz danach brachen in den Pariser *banlieues* Unruhen aus. Sie dauerten mehr als drei Wochen an, und trotz der Erklärung des Ausnahmezustands und des beherzten Eingreifens von Innenminister Sarkozy bleibt ein Bild voller Irritation und Inkompetenz haften. Niemand wagte, über die wirklichen Ursachen für die Rassenkrawalle zu sprechen, die vor allem von Schwarzen und *beurs* (den Nachfahren der Einwanderer aus dem Maghreb) getragen wurden. Weder stellte die Regierung das Recht auf Zuzug noch die faktische Duldung von Schattenwirtschaft, Polygamie, religiöser Indoktrination und einer krebsartigen Ausbreitung organisierter Kriminalität in

den Vorstädten in Frage. An der Integrationslegende wollte man um keinen Preis rühren, höchstens war man bereit, über ein Mehr an finanziellen Zuwendungen, positiver Diskriminierung und Vorleistungen zu Gunsten der Allochthonen zu sprechen.

Dieses Verhalten hat seine Logik, denn alle etablierten politischen Kräfte – in Frankreich, wie in Europa überhaupt – haben der Einwanderung in den letzten fünf Jahrzehnten tatenlos zugesehen. Wer vor den langfristigen Folgen warnte, galt mindestens als Schwarzseher, wenn nicht schlimmeres. Jetzt aber »dehnt sich die Dritte Welt tatsächlich … nach Norden«[1] aus, hat bereits zur Entstehung ethnischer Brückenköpfe und einer Art Landnahmebewegung geführt, die jene Unwiderstehlichkeit zu entfalten scheint, wie alle vergleichbaren Prozesse in der Vergangenheit.[2]

Der Bevölkerungsüberschuß Afrikas, aber auch Asiens läßt den demographischen Druck auf das vergreisende Europa wachsen, das ist ein großes, aber nicht das größte Problem. Das größte Problem ist die defätistische Haltung der Intelligenz und der Politischen Klasse, die nicht nur jede Abwehrbereitschaft vermissen läßt, sondern mit masochistischem Vergnügen die Zwangsläufigkeit der Entwicklung ausmalt. Dieses Urteil gilt nicht nur für die xenophile Linke. Auch der Politologe Dieter Oberndörfer, der eine Reihe prominenter CDU-Funktionäre, darunter Wolfgang Schäuble, zu seinen Schülern zählt, erklärt, daß nur »Zuwanderung … den Wohlstand Deutschlands« sichern werde:

> »Die Zuwanderung wird in Deutschland wie in den anderen europäischen Staaten zur Auflösung früherer ethnischer Gemeinsamkeit führen. Das soziale und kulturelle Profil der Bevölkerung Deutschlands wird sich tiefgreifend ändern. Die ›Deutschen‹ werden in einigen Städten ähnlich zur Minderheit werden wie die Angelsachsen in amerikanischen Städten. … Die Weltbevölkerung wird sich in den nächsten 50 Jahren nochmals verdoppeln. Die Mobilität der Menschen wird mit wachsenden Bildungserfolgen der außereuropäischen Welt zunehmen. Daher wird der Zuwanderungsdruck auf Europa und Deutschland zunehmen. Die Annahme, daß ein sich entleerendes und alterndes Europa diesem wachsenden Druck politisch widerstehen kann, ist naiv.«[3]

Der Hinweis auf die »Angelsachsen« ist erhellend. Tatsächlich sieht sich Europa heute einer Situation gegenüber, die der der Vereinigten Staaten in den sechziger Jahren ähnelt. Damals begann man in den USA die bis dahin strenger gehandhabten Einwanderungsbestimmungen zu lockern und die illegale Migration vor allem aus Mexiko und anderen Ländern Lateinamerikas hinzunehmen. Die Folgen, die das zwangsläufig haben würde, wollte man nicht sehen, bis selbst ein Liberaler die Frage stellte, ob an die Stelle des großen Schmelztiegels der Turm zu Babel getreten sei.[4] Amerika ist immer weniger im Stande, seine Bevölkerungen in ihrer fundamentalen Unterschiedlichkeit zusammenzuhalten. Selbst die ungeheuren Ressourcen, über die Amerika – anders als der alte Kontinent – verfügen kann, und die es zu vergeuden bereit ist, schaffen keine Abhilfe.

Es gibt genügend Anzeichen dafür, daß die letzte Weltmacht und dann Europa von jenem Virus befallen werden, der seit dem Ende des Kalten Krieges wie politisches Aids wirkt: der ethnische Konflikt, die Retribalisierung der Auseinandersetzungen, die in der Zweiten und Dritten Welt seit Jahrzehnten zu latentem Bürgerkrieg und offenem Völkermord, Anarchie und sozialem Elend führt.

1 Klaus Natorp: Angst vor der Masse Mensch, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. November 1999.
2 Vgl. Alexander und Eugen Kulischer: Kriegs- und Wanderzüge. Weltgeschichte als Völkerbewegung, Berlin und Leipzig 1932, S. 33.
3 Dieter Oberndörfer: Nur Zuwanderung sichert den Wohlstand Deutschlands, in: *Frankfurter Rundschau* vom 21. Januar 2002.
4 Arthur R. Schlesinger: The Disuniting of America, New York und London [4]1992, S. 18.

Prognosen

Im politischen Geschäft ist es üblich, Fehler zu leugnen. Wenn die Folgen eines politischen Fehlers unübersehbar werden, machen die Verantwortlichen entweder ihre Gegner oder die Umstände haftbar. Beliebt ist in Krisensituationen die Deutung nachteiliger sozialer oder ökonomischer Vorgänge als Schicksalsschläge oder Naturkatastrophen, die niemand vorausgesehen habe. Daß es sich dabei um Schutzbehauptungen handelt, ist bei genauerer Untersuchung sofort erkennbar. Fast immer hat es hellsichtige Männer gegeben, die zu einem frühen Zeitpunkt gewarnt hatten. Aber ihr Schicksal war das des biblischen Propheten, auf den man nicht hörte, und der »nichts galt in seinem Vaterland« (Matthäus 13.57).

Genau das läßt sich auch in Bezug auf die Einwanderung behaupten. Abgesehen von jenen politischen Bewegungen, die Xenophobie zur Weltanschauung erhoben und alles Fremde ausschließen wollten, gab es immer besonnene Einzelne, die seit der Zwischenkriegszeit, vor allem aber nach 1945 ihre mahnende Stimme erhoben, um vor den negativen Konsequenzen ungeregelter Migration zu warnen. Einer der ersten dürfte der bedeutende amerikanische Soziologe Henry Pratt Fairchild gewesen sein, der sich schon kritisch mit der *new immigration* auseinandergesetzt hatte, die seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine steigende Zahl von Einwanderern in die USA brachte. 1926 erschien sein Buch *The Melting-Pot Mistake*, in dem er die Idee von Amerika als einem »Schmelztiegel« der Nationen zurückwies. Seiner Meinung nach handelte es sich um eine ebenso populäre wie undurchdachte und deshalb gefährliche Vorstellung:

> »Amerika ist ein Schmelztiegel. In ihn sind Vertreter aller Nationen der Welt hineingeschüttet. Im Inneren seiner magischen Grenzen wird etwas geformt, das nicht einfach uniform und einheitlich, sondern besser ist als jedes separate Bestandteil. Die Nationen der Welt sind vereint in einer neuen und vorzüglicheren Nation, den Vereinigten Staaten. Das Bild war klug gewählt – anschaulich, ausdrucksstark, populär, gerade das, was die allgemeine Phantasie gefangennimmt …«[1]

Dem hielt Fairchild die großen Probleme entgegen: Ghettobildung, fehlende Integrationsbereitschaft, Konflikte zwischen Einheimischen und Migranten sowie der Zuwanderer untereinander, wachsende Armut und Kriminalität, schließlich die mögliche Illoyalität der Neubürger gegenüber ihrem Vaterland, das ihre Erwartungen nicht erfüllen konnte.

Die Schwierigkeiten, die sich in den USA relativ früh abzeichneten, waren in Europa bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs kaum aufgetreten, aber immerhin schrieb Charles de Gaulle als Regierungschef des befreiten Frankreich am 12. Juni 1945 an den Justizminister seines Kabinetts, die Zuwanderung nach Frank-

reich bedürfe einer veränderten Regelung. Man müsse neben der Qualifikation der Migranten deren ethnische Herkunft in Betracht ziehen:

»Auf dem ethnischen Gebiet ist es angemessen, den Zustrom der Mediterranen und Orientalen zu begrenzen, die seit einem halben Jahrhundert die Zusammensetzung des französischen Volkes massiv verändert haben. Ohne so weit zu gehen wie die Vereinigten Staaten mit einem rigiden Quotensystem, ist es wünschenswert, Menschen nordischer Herkunft bevorzugt einzubürgern (Belgier, Luxemburger, Schweizer, Niederländer, Dänen, Deutsche etc.). Man kann einen Anteil von 50 Prozent für sie in Aussicht nehmen.«[2]

Die Haltung de Gaulles in der Frage der Zuwanderung und der zukünftigen ethnischen Zusammensetzung der französischen Nation kann insofern nicht überraschen, als er sich immer wieder auf die politischen Schriften Ernest Renans berufen hat, in dessen Essay *La réforme intellectuelle et morale* (1871) schon der Rückgang des germanischen Elements für zahlreiche Fehlentwicklungen in Frankreich verantwortlich gemacht worden war. Die rasche Entmachtung de Gaulles in der Nachkriegszeit hat allerdings verhindert, daß er die Durchführbarkeit seines Plans erproben konnte. Faktisch konterkarierte das noch in seiner Amtszeit verabschiedete Dekret zur Ausländerpolitik seine Absichten vollständig. Neben denjenigen Ländern, die seit dem Beginn der Industrialisierung Frankreichs einen großen Teil der Migranten stellten – Italien, Spanien, Portugal – kamen zunehmend Menschen aus dem Maghreb.

Als de Gaulle im Zusammenhang der Algerienkrise erneut die Führung Frankreichs übernahm, spielte auch die Sorge eine Rolle, daß die Destabilisierung der nordafrikanischen Departements zu massenhafter Einwanderung führen werde. Im Gespräch äußerte er damals:

»Es ist sehr gut, daß es gelbe Franzosen, schwarze Franzosen, braune Franzosen gibt. Sie zeigen, daß Frankreich offen für alle Rassen ist und daß es eine universale Berufung hat. Aber unter der Bedingung, daß sie eine kleine Minderheit bleiben. Wenn nicht, wird Frankreich nicht länger Frankreich sein. Wir sind trotzdem vor allem ein europäisches Volk weißer Rasse, griechischer und lateinischer Kultur und christlicher Religion.«

Bekannt wurde auch das Bonmot, er wolle nicht, daß sein Heimatort statt Colombey-les-Deux-Eglises zukünftig Colombey-les-Deux-Mosquées heiße.[3]

Trotz der frühen Einsicht de Gaulles hat es in Frankreich seit seiner Amtszeit eine Zunahme der Einwanderung gegeben, wenn auch die Proportionen ganz andere als in späterer Zeit waren. Immerhin kamen 1962 noch 72 Prozent der Migranten aus Europa und 20 Prozent aus Afrika, 1982 sollten es nur noch 48 Prozent aus Europa und schon 43 Prozent aus Afrika sein. Dabei spielte die großzügige Behandlung derjenigen eine Rolle, die frankophonen Ländern entstammten und ohne Probleme Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis sowie die Staatsbürgerschaft erhielten.

Dieses Verhalten gegenüber Zuwanderern der *Communauté* entsprach in vielem der Praxis, die die Briten im Hinblick auf den *Commonwealth*, die Nachfolgeorganisation des *Empire*, an den Tag legten. Seit der Verabschiedung des

British Nationality Act von 1948 war es Einwohnern aus den ehemaligen Kolonien möglich, sich fast ohne Beschränkung in Großbritannien niederzulassen und die Staatsbürgerschaft zu erwerben. Der Vorgang führte ganz ähnlich wie in Frankreich zu einem sprunghaften Anstieg des »farbigen« Bevölkerungsanteils – schwarzafrikanisch, aber auch asiatisch, vor allem aus Indien und Pakistan stammend. Das daraus seit den fünfziger Jahren resultierende Integrationsproblem hatte schon Churchill mit dem Gedanken spielen lassen, einen Wahlkampf unter der Parole »*Keep Britain white!*« zu führen. Aber er konnte sich mit dieser Absicht nicht gegen den Widerstand in seiner eigenen, der konservativen Partei durchsetzen. Faktisch hatte man sich allseits mit einem gewissen Anteil farbiger Minderheiten abgefunden. Die *Labour Party* machte sich bald für weitere Zuwanderung stark und veranlaßte 1968 die Verabschiedung einer *Race Relations Bill* im Parlament, die dem Ziel dienen sollte, die nichtenglischstämmigen Einwohner vor Diskriminierung zu schützen.

In der Debatte um dieses Gesetz errang eine in Birmingham gehaltene Ansprache des konservativen Abgeordneten Enoch Powell Berühmtheit. Der Grund dafür war die Schärfe, mit der er die Folgen der Einwanderung für die Masse der Einheimischen vor Augen führte. Drastisch schilderte er die Ängste des kleinen Mannes vor einem Großbritannien, das, zuerst in London und den großen Städten, von einer farbigen Mehrheit beherrscht werden würde. In einem Beispiel schilderte Powell den Fall einer Frau in einem Londoner Viertel, das nach und nach von Schwarzafrikanern übernommen worden war. Die Frau, die Mann und Söhne im Krieg verloren hatte, mußte selbst für ihren Unterhalt aufkommen und konnte sich das Wegziehen aus dem Quartier nicht leisten. Sie bekam Angebote für ihr Haus, die aber so niedrig lagen, daß sie nicht verkaufte. Sie wurde bedroht und weigerte sich aus Angst an Farbige Zimmer zu vermieten. Sie mied es überhaupt noch ihre Wohnung zu verlassen, ihre Scheiben wurden eingeworfen, ihr Briefkasten mit Exkrementen verschmiert, wenn sie doch etwas zu erledigen hatte, folgten ihr Kinder, die sonst kein Englisch sprachen und sangen im Chor: »Rassist!«

Berühmt wurde die Rede Powells allerdings wegen des Schlußpassus, in dem es hieß: »Wie der Römer erwarte ich, ›den Tiber gefärbt von blutigem Schaum‹ zu sehen.«[4] Powell erklärte, daß einer Entwicklung zu diesem Ende – dem Bürgerkrieg zwischen Weißen und Nichtweißen in Großbritannien – nur noch zu wehren sei, wenn man sofort harte Maßnahmen ergreife, aber er wisse nicht, ob das Land dazu bereit sein werde. Tatsächlich führte die Birmingham-Rede, der rasch so genannte *rivers of blood speech*, dazu, daß Powell, der bis dahin die Position eines Gesundheitsministers im konservativen Schattenkabinett innehatte, jede Parteikarriere verschlossen wurde. Andererseits erhielt er massive Unterstützung aus der Bevölkerung, nicht zuletzt aus den Reihen der Gewerkschaften. Der Sieg der *Tories* bei den Parlamentswahlen von 1970 wurde auch darauf zurückgeführt, daß sie mit der Birmingham-Rede die »Rassenkarte« gespielt hatten. Bei einer

1972 von der Zeitung *Daily Express* durchgeführten Umfrage galt Powell als der populärste Politiker des Landes, aber die Feindseligkeit des Establishments und der Journalisten – der »schnatternden Klasse«, wie Powell sie nannte – zeigte Wirkung: Verbittert schied Powell schließlich sogar aus der Konservativen Partei aus und verlor – obwohl er einmal als denkbarer Nachfolger von Edward Heath im Amt des Vorsitzenden und des Premierministers gegolten hatte – jeden politischen Einfluß. Von seinen Auffassungen ist er deshalb nicht abgewichen. In einer Auseinandersetzung um die jetzt in ein förmliches Gesetz – einen *Act* – umgesetzte *Race Relations Bill* warf er 1976 dem Erzbischof von Canterbury vor, die faktische Lage vollständig zu verkennen. Dieser hatte von der »Bereicherung« durch die Einwanderer gesprochen. Powell entgegnete:

> »Den eingeborenen Bewohnern von Brixton oder Southall oder Leicester oder Bradford oder Birmingham oder Wolverhampton, den Rentnern, die ihre Tage in Straßen des nächtlichen Terrors beenden, in denen sie ihr früheres Viertel nicht wiedererkennen, den Menschen in Städten und Vierteln zu sagen, daß ›der Mann mit dem farbigen Gesicht eine Bereicherung für mein Leben und das Leben meiner Nachbarn sein kann‹, heißt über das Maß des Erträglichen hinauszugehen …«[5]

Anders als die USA, Frankreich und Großbritannien wurde Deutschland erst relativ spät mit dem Problem zunehmender Einwanderung konfrontiert. Dies ist vor allem dadurch zu erklären, daß seine Bevölkerung noch bis zum Ersten Weltkrieg gewachsen war und es seine Kolonien relativ frühzeitig verlor. Erst in den siebziger Jahren wurde deutlich, daß sich ein großer Teil der nach 1945 angeworbenen »Gastarbeiter« faktisch fest angesiedelt hatte. Hinzu kam die wachsende Zahl von Asylsuchenden, Kriegs-, Bürgerkriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen, die auf Grund einer großzügigen gesetzlichen Regelung nach Deutschland kommen und – trotz des Wegfalls oder des faktischen Nichtvorhandenseins der Rechtsgründe – bleiben durften. Auf die von der politischen Linken seit den siebziger Jahren mehrfach unternommenen Vorstöße, diesen Veränderungen mit einer raschen Erteilung der Staatsbürgerschaft und der Ausweitung von »Migrantenrechten« zu begegnen, reagierten die Bürgerlichen nur hinhaltend. Zwar erklärte die seit 1982 von CDU/CSU und FDP gestellte Regierung, daß die Zahl der Ausländer langfristig verringert werden müsse und vor allem die Türken »einen zu hohen Anteil«[6] an der Bevölkerung stellten. Praktische Folgen aber hatten solche Bekundungen nicht. Ein konsequentes Vorgehen konnte man von dieser Seite nicht erwarten.

Um so überraschender wirkte deshalb die Veröffentlichung eines Textes des Soziologen Horst Afheldt, der an dem, aller »rechten« Tendenzen unverdächtigen, von Carl Friedrich von Weizsäcker geleiteten Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg arbeitete. Afheldt ging in seinem am 10. Oktober 1992 in der *Süddeutschen Zeitung* veröffentlichten Text davon aus, daß durch den Zusammenbruch

des Ostblocks und die Globalisierung der Wirtschaft der Wanderungsdruck auf Europa zunehme. Der Gewinner dieses Prozesses sei, wenigstens mittelfristig, der Besitzende, der Verlierer, in jedem Fall, die Masse der Bevölkerung. Der Zuzug von immer mehr fremden Menschen werde nicht nur deren Eingliederung unmöglich machen, sondern zur vollständigen Erosion der Ordnung führen: »Die Reaktion der Gesellschaft auf diesen Zerfall der sozialen Ordnung ist vorhersehbar: Rechtsradikalismus, Rassismus, Rufe nach dem Polizeistaat. Bleibt bei zunehmender Kriminalität der Polizeistaat aber aus, tritt Selbstjustiz an seine Stelle, zunächst von einzelnen Betroffenen, schließlich organisiert, als Bürgerwehr. Privatarmeen für die Reichen wie in Amazonasstaaten oder ›Todesschwadronen‹, die nach brasilianischem Vorbild ›kriminelle‹ Straßenkinder töten …«[7]

Afheldt sah nur die Möglichkeit, einen europäischen »Mauerstaat« zu errichten, um diese Gefahr zu bannen. Weder dürfe man der weiteren Migration tatenlos zusehen, noch an einem prinzipiellen Asylrecht festhalten, jede Vorstellung, die Wanderungsursachen selbst zu bekämpfen, sei als utopisch zu betrachten, es gehe ganz pragmatisch darum, Europa als einen Raum zu erhalten, in dem es Recht- und Sozialstaatlichkeit, Freizügigkeit und Demokratie geben könne.

Es war aufschlußreich, daß die Analyse und die Forderungen Afheldts praktisch ohne jede Resonanz blieben, obwohl sie an prominenter Stelle veröffentlicht worden waren. Sie verfielen auch nicht dem Verdikt »faschistisch« zu sein, mit dem andere, ganz ähnlich gerichtete Ausführungen – von Konservativen wie Robert Hepp[8] oder Manfred Ritter[9] – bedacht worden waren. Afheldt zog sich in den folgenden Jahren wieder auf ökologische und wirtschaftspolitische Fragen zurück.

Man kann diese Folgenlosigkeit seiner Prognose – die unter den erwähnten im Grunde die radikalste war – vielleicht auch damit erklären, daß er in einem intellektuellen Umfeld agierte, das die von ihm getroffenen Feststellungen einfach nicht hören wollte. Seit den achtziger Jahren hatte sich in den tonangebenden Kreisen der Bundesrepublik die Auffassung verbreitet, daß die faktische Veränderung der ethnischen Struktur nicht nur schicksalhaft hingenommen werden solle. Sie sei vielmehr ein erstrebenswertes Ziel, bis hin zu dem Punkt, daß die autochthone Bevölkerung faktisch durch eine andere ersetzt werde.

Insgesamt lassen sich vier verschiedene Begründungen unterscheiden:

1. Das älteste der Argumentationsmodelle orientierte sich an der Entdeckung der ausländischen Arbeitskräfte als neues Proletariat (eventuell auch revolutionäres Subjekt) und der humanitären Forderung danach, die Opfer der »Ersten« in der »Dritten Welt« durch Aufnahme zu retten. In beiden Fällen sah man die Fremden aber nicht aus taktischen Gründen, sondern tatsächlich als Minderheit an, die eben als solche einen besonderen Schutz genießen sollte.
2. Davon verschieden war die seit den achtziger Jahren entwickelte Vorstellung, daß die »Bunte Republik Deutschland« als Teil eines realutopischen Konzepts und die Zuwanderung als Möglichkeit angesehen werden sollte, den ganzen kulturellen »Reichtum« der Menschheit in einem Fokus zusammenzuziehen.

3. Dieser Gedankengang konnte durchaus bis zu der Auffassung führen, daß am besten ein Bevölkerungsaustausch vorzunehmen sei. Im Hinblick auf die historische Schuld der ethnischen Deutschen mochte dies sogar als besonders wünschenswerte Perspektive erscheinen.
4. Als flankierendes, dann immer weiter in den Mittelpunkt drängendes Argument galt, daß die demographische Krise der Deutschen qua Kinderlosigkeit und Überalterung nur durch Migration behoben werden könne.

Was die erste dieser Begründungen angeht, so ist sie unschwer aus dem Ideenkonglomerat der Neuen Linken abzuleiten. Dabei spielte nicht nur die Frustration über den mangelnden Willen zum gesellschaftlichen Umsturz bei deutschen Arbeitern mit, sondern auch eine bestimmte Deutung der »Befreiungsbewegungen« in der Dritten Welt. Einwanderung konnte durchaus als subversiver Akt gelten. Früh begeisterte man sich für die Idee eines Massakers der Farbigen an den Weißen.[10] Allerdings gab es auch deutliche Vorbehalte: Der Import von Gastarbeitern galt als typischer Auswuchs des Kapitalismus, und für illegitim hielt man die Flucht aus solchen Staaten, die ein »progressives« Regime hatten. In Erinnerung blieb die Debatte um die Aufnahme der *boat people* nach dem Zusammenbruch Südvietnams, die vor der kommunistischen Herrschaft flohen, was nicht nur die Linke, sondern auch liberale Kreise in Deutschland als ganz unstatthaft betrachteten und vorschlugen, ihnen die Aufnahme zu verweigern.

Immerhin hat sich aus diesem Zusammenhang das kursorische Reden von Einwanderern als »Minderheit« erhalten, wiewohl das zweite der genannten Konzepte bereits davon ausging, daß mittelfristig ihr Anteil an der Bevölkerung so groß oder größer als der der Autochthonen sein würde. Die Ausmalung als Idylle war erfolgreich und fand deshalb auch und gerade in bürgerlichen Kreisen Anklang. In den Kirchen und auf dem linken Flügel von FDP und CDU gab es zahlreiche Befürworter dieses Konzepts. So erklärte die Ausländerbeauftragte der Regierung Kohl, Cornelia Schmalz-Jacobsen, den Begriff des Ausländers per se für irrig.[11] Die Christlichdemokratische Arbeitnehmerschaft[12] bekannte sich ausdrücklich zum Ziel einer »postnationalen« »Bunten Republik«, und die ehemalige Bundestagspräsidentin und Vorsitzende der Zuwanderungskommission, Rita Süßmuth, plädierte aus Gründen kultureller Befruchtung ausdrücklich für ein Mehr an Zuwanderung.

Eine gewisse Sonderstellung nahm in diesem Zusammenhang Heiner Geißler ein, der langjährige Generalsekretär der CDU, der durch den Multikulturalismus explizit die Erlösung vom deutschen Nationalstaat[13] und die Vorbereitung eines »Weltbürgerrechts«[14] erwartete. Solchen Rekurs auf den »Weltbürgerstatus«[15] fand man sonst nur auf der Linken, auch bei ihren Vordenkern, etwa Peter Glotz oder Jürgen Habermas. Glotz hat verschiedentlich den »Abschied vom Ideal einer einheitlichen, homogenen Gesellschaft«[16] verlangt und war entschlossen, dem Europäer »die Angst vor der Einwanderung auszureden«,[17] bevor man dann »Mehrsprachigkeit und das Ertragenkönnen des Fremden«[18] zum Gegenstand

eines großen Erziehungsprozesses machen werde. Glotz sprach hier von einem »Produktionsvorgang«,[19] was ein hohes Maß an Kontrollierbarkeit suggerierte. Demgegenüber zog Habermas den Begriff des »Experiments« vor,[20] das es allerdings im Namen der Modernität zu riskieren gelte. Habermas hält den Multikulturalismus für die notwendige Vollendung der politischen Modernisierung. Keine »liberale« Gesellschaft könne ihre Grenzen für Zuwanderer schließen, und diesen Zuwanderern sei, unbeschadet der prinzipiellen Egalität, die Einführung beziehungsweise Wahrung von Kollektivrechten ausdrücklich zu gewährleisten, um sicherzustellen, daß die »multikulturellen Gesellschaften … die gleichberechtigte Koexistenz der Lebensformen für jeden Bürger«[21] garantieren könnten. Ein »Recht auf Selbstbehauptung der Identität einer Nation«[22] stelle demgegenüber einen Atavismus dar, der von der historischen Entwicklung überholt wurde, aber auch aus übergeordneten Erwägungen zurückgewiesen werden müsse.

Die Darstellung der Risiken derartiger »Produktionsvorgänge« oder »Experimente« blieb bemerkenswert unscharf, zumal man befürchten mußte, bei deren Benennung auch die eigene Anhängerschaft zu verstören. Soweit wie die sich als »antideutsch« apostrophierende Linke ging in diesem Lager nur eine Minderheit. Geschlossen aber stand die Front, wenn es galt, das eigene Konzept aggressiv gegen jene Autochthonen zu wenden, die mit dem Wandel nicht einverstanden waren und ein Recht darauf verteidigten, unter sich zu bleiben.

Solches Bemühen war aussichtlos. Dies lag auch daran, daß im Lauf der seit dem Ende der achtziger Jahre geführten Debatte ein Argument immer weiter in das Zentrum der Erwägungen trat, das die Unausweichlichkeit der multikulturellen Gesellschaft als Folge von objektiven Prozessen behauptete. Man konnte entsprechende, fast resignative Feststellungen schon bei einigen Linken entdecken. Sie waren aufgrund tagtäglicher Erfahrung mit der Realität eines Vielvölkerstaates zu der Einsicht gekommen, daß die »multikulturelle Gesellschaft … hart, schnell, grausam und wenig solidarisch« sei:

> »Sie ist von beträchtlichen sozialen Ungleichgewichten geprägt und kennt Modernisierungsgewinner ebenso wie Modernisierungsverlierer, sie hat die Tendenz, in eine Vielfalt von Gruppen und Gemeinschaften auseinanderzustreben sowie die Verbindlichkeit ihrer Werte einzubüßen.«[23]

Wenn man trotzdem an diesem Projekt festhielt, so deshalb, weil die negative demographische Entwicklung in Deutschland und Europa Zuwanderung als *die* Möglichkeit erscheinen ließ, die Zukunftsprobleme in Folge des eigenen Bevölkerungsrückgangs zu bewältigen. Während wirtschaftsfreundliche Kreise sehr früh die Zuwanderung als »Chance«[24] deklarierten, hat die Linke erst mit Verspätung, dann allerdings mit fast zynischer Konsequenz, gelernt, entsprechend zu argumentieren.[25] Im deutlichen Gegensatz zu dem in freundlichen Farben gemalten Bild einer multirassischen und multikulturellen Zukunft, enthüllte sich hier deren eigentliche Realität als »Zwangsideologie eines alternden Volkes«.[26]

Man wird sagen können, daß sich die deutschen Zuwanderungsbefürworter im

allgemeinen jener Argumente bedienten, die in der westlichen Welt seit den sechziger Jahren entwickelt worden waren, um die Entstehung einer multikulturellen Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt der »Annahme der Gleichwertigkeit«[27] aller menschlichen Kulturen zu befürworten und deren Abwehr als »rassistisch«, »faschistisch« oder ähnlich zu denunzieren. Sie konnten sich in der Begründung aber schon aus einem Arsenal bedienen, dessen Bestand seit dem Ende des Ersten Weltkriegs aufgebaut worden war und zwar in jenem Land, das sich als erstes mit den Folgen massiver Einwanderung auseinandersetzen mußte: den USA.

1 Henry Pratt Fairchild: The Melting-Pot Mistake, Boston 1926, S. 10f.
2 Zit. nach Gérard Noiriel: Le creuset français, Paris 1988, S. 39.
3 Die Äußerungen fielen gegenüber de Gaulles Vertrautem Alain Peyrefitte, hier zit. nach Claude Jacquemart: Après Evian, le temps de la souffrance, in: *Le Figaro* vom 4. November 2003.
4 Zit. nach der Redensammlung Enoch Powell: Freedom and Reality, hrsg. von John Wood, London 1969, S. 219.
5 Zit. nach Humphry Berkeley: The Odyssey of Enoch. A Political Memoir, London 1977, S. 89.
6 Der damalige Innenminister Friedrich Zimmermann vor dem Bundestag, hier zit. nach der Dokumentation in *Das Parlament* vom 30. Oktober 1982.
7 Horst Afheldt: Europa vor dem Ansturm der Armen. Ist der liberale Sozialstaat noch zu retten?, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 10. / 11. Oktober 1992.
8 Robert Hepp: Die Endlösung der deutschen Frage. Grundlinien einer politischen Demographie, Tübingen 1988.
9 Manfred Ritter: Sturm auf Europa. Asylanten und Wirtschaftsflüchtlinge, München 1990.
10 Frantz Fanon: Die Verdammten dieser Erde, Reinbek 1969.
11 »Ausländer sind Inländer mit ausländischem Paß«, so in Cornelia Schmalz-Jacobsen: Vorschläge zur Änderung und Ergänzung des deutschen Einbürgerungs- und Staatsangehörigkeitsrechts, in: *Mitteilungen der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer*, Nr. 1, Juli 1993, S. 13–17, hier S. 13.
12 Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA): Für eine »bunte Republik Deutschland«, in: *Frankfurter Rundschau* vom 14. Dezember 1991.
13 Vgl. etwa Heiner Geißler: »Wir können nicht wieder unter uns sein«, in: *Frankfurter Rundschau* vom 10. Juli 1991.
14 Heiner Geißler: Die Gesellschaft von morgen, in: *Die politische Meinung* (1992) 272, S. 21–27, hier S. 26.
15 Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt a. M. 1992, S. 658.
16 Peter Glotz: Der Irrweg des Nationalstaats. Europäische Reden an ein deutsches Publikum, Stuttgart 1990, S. 116.
17 Glotz, Irrweg, S. 37.
18 Glotz, Irrweg, S. 39.
19 Glotz, Irrweg, S. 29.
20 Vgl. Jürgen Habermas: Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie, in: Julian Nida-Rümelin und Wolfgang Thierse (Hrsg.): Philosophie & Politik III, *Kultur in der Diskussion*, Bd 5, Essen 1998, 13–34, hier S. 32.
21 Jürgen Habermas: Anerkennungskämpfe im demokratischen Rechtsstaat, in Charles Taylor: Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung, Frankfurt a. M. 1992, S. 147–196, hier S. 175.
22 Habermas, Anerkennungskämpfe, hier S. 182.
23 Daniel Cohn-Bendit und Thomas Schmid: Wenn der Westen unwiderstehlich wird, in: *Die Zeit* vom 22. November 1991.
24 Vgl. etwa die Ausführungen des Volkswirtschaftlers Bernhard Felderer: Immigration, Geburtenentwicklung und Wirtschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 18/89, 16–22, sowie ders.: Im Sog des Wohlstands, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26. Mai 1990.
25 Vgl. Gunnar Heinsohn: Luschen rein, Asse raus, in: *Welt am Sonntag* vom 11. September 2005; der Erscheinungsort sollte nicht darüber hinwegtäuschen, wes Geistes Kind der Verfasser ist.

26 Konrad Adam: Kolonial ohne Kolonien. Wozu das multikulturelle Deutschland Einwanderer braucht, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 20. Juli 1993. Hingewiesen sei hier wenigstens am Rande darauf, daß entsprechende Erwartungen nicht tragen, da sich das regenerative Verhalten der Zuwanderer dem der Einheimischen relativ schnell anpaßt, vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Bevölkerung. Fakten – Trends – Ursachen – Erwartungen. Die wichtigsten Fragen, Wiesbaden [2]2004, S. 63f., 66–68.
27 Taylor: Multikulturalismus, S. 13–78, hier S. 70. Die amerikanische Ausgabe war in demselben Jahr unter dem Titel *The Politics of Recognition* erschienen.

Vorbild Amerika

Es überrascht angesichts der amerikakritischen, wenn nicht amerikafeindlichen Stimmung in großen Teilen der europäischen Intelligenz, daß sie trotzdem die USA als eines der normativen »Beispiele multikultureller Gesellschaften«[1] begreift. Das erklärt sich nicht nur aus ihrer Funktion als Bezugspunkt aller Modernität; die Vereinigten Staaten waren auch das erste Beispiel für eine aus verschiedenen Ethnien zusammengesetzte Gesellschaft unter europäischer Dominanz außerhalb der Kolonialgebiete Afrikas, Asiens und Australiens. An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert konnte ein deutscher Autor noch mit Genugtuung feststellen, nur Europa erfreue sich unter allen Kontinenten »des abnormen Glükkes, von einer einheitlichen, homogenen Rasse bewohnt zu sein«.[2]

Daß ihnen solche Homogenität fehlte, war den Nordamerikanern immer bewußt. Seit dem Unabhängigkeitskrieg gab es vor allem Auseinandersetzungen über die Stellung der Indianer einerseits, der Schwarzen andererseits, und dann über die Folgen der Zuwanderung. Aber die beiden ersten Probleme schienen durch die Beseitigung der Sklaverei und dann den prozentualen Rückgang des schwarzen wie des indianischen Bevölkerungsanteils weitgehend beseitigt, das dritte Problem – die Folgen der Zuwanderung – erregte nur in unregelmäßigen Abständen öffentliches Interesse. Zwar hatte es schon 1790 die ersten *Alien and Sedition Acts* gegeben, die den Zustrom weiterer Menschen in die junge Republik beschränken sollten, aber während des 19. Jahrhunderts sah man die Vorherrschaft der *WASP* – der *White Anglo Saxon Protestants* – kaum in Gefahr. Die übliche Haltung war bestimmt von Desinteresse oder wirtschaftlichem Kalkül. Schärfere Abwehrreaktionen gab es nur im Fall eines unerwarteten und sprunghaften Anstiegs der Einwandererzahlen oder in Folge politischer Krisen. So entstand die »nativistische Bewegung« in den 1840er und 1850er Jahren als Folge des massiven Zustroms politischer Flüchtlinge aus Zentraleuropa, die man radikaler Ideen verdächtigte, sowie der Hungerflüchtlinge aus Irland, die ihre katholische Konfession suspekt machte. Der Nativismus blieb ohne feste Organisationsform, übte aber einen massiven gesellschaftlichen Einfluß aus. Noch während des Bürgerkriegs galten Deutsche wie Iren unter *Yankees* als national unzuverlässig, obwohl sie eine hohe Assimilationsbereitschaft an den Tag gelegt hatten und einen erheblichen Teil der Streitkräfte des Nordens stellten.

Katholikenfurcht und eine allgemeine Sorge um den Volkscharakter spielte auch bei den teilweise heftigen Reaktionen auf die *new immigration* eine wichtige Rolle. Dieser Zustrom ließ die Zahl der Einwanderer in den drei Jahrzehnten nach dem Bürgerkrieg auf 14 Millionen Menschen anwachsen, 1907 ist mit mehr als 1,2 Millionen das Jahr mit dem höchsten Zuzug. Die Masse dieser Einwanderer kam nicht mehr wie zuvor aus Nord- und Westeuropa, sondern aus dem Mittel-

meerraum und dem Osten der alten Welt. Obwohl es auch heftige Ausbrüche von Antisemitismus, Polen- und Italienerfeindlichkeit gab, wurde der Versuch, die Einwanderung bestimmter Gruppen ganz unmöglich zu machen, auf Asiaten beschränkt. Zwischen 1882 und 1902 erließ der Kongreß fünf *Chinese Exclusion Acts*, die chinesischen Arbeitern (die lange Zeit für den Eisenbahnbau unverzichtbar gewesen waren) den Zuzug verbot. Bereits im Land befindlichen wurde die Staatsbürgerschaft verweigert. Auswirkungen hatte diese Gesetzgebung auch auf die Behandlung von Japanern, denen ab 1908 die Einwanderung versagt wurde; soweit sie sich schon in den USA aufhielten und naturalisiert waren, schloß man sie von der Wahrnehmung bestimmter Rechte aus, Kinder japanischer Herkunft durften zum Beispiel in Kalifornien nicht am allgemeinen Schulunterricht teilnehmen.

Die ganze bis zur Quotenregelung von 1924 erlassene Einwanderungsgesetzgebung ging ausdrücklich oder uneingestanden von dem Prinzip aus, daß nur das Hinzutreten bestimmter ethnischer Gruppen im Hinblick auf die künftige Zusammensetzung der nordamerikanischen Bevölkerung wünschenswert sei. Im Hintergrund stand eine massive »rassenhygienische« Propaganda. Die wichtigsten und einflußreichsten Verfechter einer weißen und »germanischen« Dominanz in den USA waren Madison Grant und Lothrop Stoddard, die beide nicht nur die Schließung der Grenzen, sondern auch eugenische Maßnahmen verlangten, um eine »Rassenverschlechterung« beziehungsweise den Rückgang des weißen Bevölkerungsanteils zu verhindern. Ihr Einfluß machte sich vor allem im Hinblick auf die erwähnten Quotierungen und die faktische Ausbürgerung eines erheblichen Teils der hispanischen Bevölkerung im Süden bemerkbar.[3] Aber populär im eigentlichen Sinn war diese Strömung nicht, obwohl die ihrem Geist verpflichteten Beschränkungen zum Teil bis in die vierziger Jahre in Kraft blieben.

Jeder strenge Nativismus hatte von vornherein mit dem Problem zu kämpfen, daß er das amerikanische Selbstverständnis in einem entscheidenden Punkt in Frage stellte. Soweit die USA sich als »Nation aus Nationen« begriffen und ihr Sendungsbewußtsein aus dem demokratischen Pathos speisten, mußte jede Abschottung in Spannung zur Idee universaler Gleichheit treten. Dieser latente Vorbehalt war auch feststellbar im Hinblick auf jene Strömung, die dem Nativismus in manchem verwandt, aber von ihm an anderer Stelle doch deutlich verschieden war: der »Amerikanisierungsbewegung«. Wie unter den Einwanderungsgegnern gab es auch unter den Verfechtern der *americanization* viele, die sich Sorgen um die Proportionen der ethnischen Anteile in der Bevölkerung machten, aber ihr Optimismus war groß, daß die Assimilation gelingen würde, so wie sie in der Vergangenheit immer gelungen war.

Dem entsprach die Vorstellung von den USA als *melting pot* – »Schmelztiegel«, in dem die einzelnen Nationen und Kulturen aufgingen. Der Begriff ist wahrscheinlich auf ein Theaterstück des englischen Autors Israel Zangwill zurückzuführen, das 1908 in Washington uraufgeführt wurde.[4] Seine Aktualität gewann er

dadurch, daß das kulturelle Selbstverständnis der Einwanderer immer deutlicher von der kulturellen Norm – die nach wie vor von Weißen angelsächsischer Herkunft, protestantischer Konfession bestimmt wurde – abwich, und man die Ghettobildung bestimmter Gruppen, nicht nur der verfemten Asiaten, sondern auch der Italiener, Polen und Juden, deutlicher als Problem zu sehen lernte. Das führte dazu, daß sich die Forderung nach *americanization*, die ursprünglich sehr stark von sozialreformerischen Ideen bestimmt war oder auf die Amerikanisierungskurse der Wirtschaft stützte, rasch mit einem neuen Nationalismus verband, der den Staat aufrief, aktiv in den Prozeß des »Amerikanermachens« einzugreifen.

Es lag in der Logik dieser Entwicklung, daß die Amerikanisierungsbewegung mit dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten 1917 einen massiven Aufschwung erlebte. Der konnte sich in Pogromen gegen deutsche Einwanderer, dem radikalen Druck auf fremdsprachige Zeitungen oder das Verbot muttersprachlichen Unterrichts in den Schulen äußern. Aber gleichzeitig mußte die politische Führung gewisse Zugeständnisse machen, um die Loyalität der Neubürger zu sichern, was die Assimilation ebenso behinderte wie die große Ernüchterung nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. Ganz offensichtlich gingen die hochgespannten Erwartungen der Amerikanisierungsbefürworter nicht in Erfüllung. Weder hatten sich die Migranten in kürzester Zeit den amerikanischen Verhältnissen angepaßt, noch war ihnen zu garantieren, daß das Erlernen der englischen Sprache einen raschen sozialen Aufstieg verhieß.

In dieser Situation verlangten einige radikale Gruppen die zwangsweise Amerikanisierung,[5] während sich gleichzeitig eine Umwertung der Forderung nach *americanization* ins Negative bemerkbar machte. Eine wachsende Zahl von Intellektuellen verlangte die stärkere Berücksichtigung des kulturellen Erbes der verschiedenen Migrantengruppen. Bereits vor dem Krieg hatten einzelne, wie der aus Deutschland stammende Philosoph Horace Kallen mit seinem Buch *Democracy versus the Melting Pot* (1915), gefordert, von einer vollständigen Einebnung der Unterschiede abzugehen und den Beitrag der einzelnen Nationalitäten zu einer neuen amerikanischen Gesamtkultur anzuerkennen. Eine der einflußreichsten Organisationen dieser neuen Richtung war die von dem ehemaligen Innenminister Franklin K. Lane gegründete Vereinigung *America's Making*. Gegen die Annahme, daß es so etwas wie ein amerikanisches Geburtsrecht und eine feststehende amerikanische Identität geben könne, beharrten ihre Anhänger darauf, daß die Nation von Anfang an aus Einwanderern bestanden habe und sich nun ständig durch den Beitrag der verschiedenen »Rassen« erneuere.

Seit den 1920er Jahren hatten sich damit in bezug auf die Einwanderungsfrage drei »Parteien« gebildet:

1. Die Nativisten, die entweder gar keine oder nur eine äußerst restriktiv gehandhabte Migration dulden wollten. Sie hielten eine erfolgreiche Eingliederung derjenigen für ausgeschlossen, die einen besonders hohen Grad an Fremdheit dem »Amerikanertum« gegenüber aufwiesen. Sie beriefen sich entweder auf

die rassische oder die kulturelle Überlegenheit der WASP; häufig war eine Kombination aus beiden Begründungen.

2. Die Amerikanisierer, die Einwanderung grundsätzlich bejahten, aber eine – mehr oder weniger vollständige – Anpassung an das geltende amerikanische Normensystem verlangten. Eine derartige Position konnte, mußte aber nicht mit dem Verlangen nach Ausschluß bestimmter Ethnien einhergehen.
3. Die Multikulturalisten (ein Begriff, der hier *avant la lettre* verwendet wird, da er erst nach dem Zweiten Weltkrieg und zwar in Europa entstand), die die Auffassung vertraten, daß das kulturelle Erbe der Migranten dem der Amerikaner grundsätzlich gleichwertig sei. Assimilation wurde – etwa im Hinblick auf die Sprache – nur aus pragmatischen Gründen gefordert.

Die Gruppe der Nativisten hat seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs fast jeden Einfluß auf die amerikanische Politik verloren. Das zeigte sich nicht nur an der Aufhebung der Zuwanderungsquoten nach ethnischen Gesichtspunkten, sondern wirkte sich auch auf die Behandlung der »Rassenfrage« im Inneren des Landes aus. Nachdem weder der schwarze noch der indianische Bevölkerungsanteil ausgestorben oder vollständig aufgesogen worden war, sondern deutlichen Zuwachs zu verzeichnen hatte, und die zum Teil bis in die sechziger Jahre geltende Gesetzgebung gegen Mischehen und für die Segregation die Zustimmung der Öffentlichkeit verlor, setzte mit den friedlichen und gewaltsamen Protesten der Bürgerrechtsbewegung das Bemühen ein, vor allem die Schwarzen stärker in das Gesellschaftsleben zu integrieren und sie insofern zu amerikanisieren.

Dieser Vorgang wurde aber von Teilen der schwarzen US-Bürger zurückgewiesen, die darin einen neuen, wenngleich getarnten Versuch der Unterdrückung sahen. Sie organisierten sich in militanten Bewegungen wie der *Black Panther Party* oder der *Nation of Islam*, die sehr früh ein Recht auf vollständige politische und kulturelle Selbstbestimmung bis hin zur Separation in einem »schwarzen Staat« erhoben.

Während derartige Projekte immer nur von einer Minderheit unterstützt wurden, gab es doch gleichzeitig sehr wirkungsvolle Versuche, das ursprüngliche Anliegen des *Civil Rights Movement* – Gleichberechtigung – in die Forderung nach Sonderrechten für rassische Teilgruppen zu überführen. Seit dem Ende der sechziger Jahre wurde von der Bundesregierung ein unter der Bezeichnung *affirmative action* bekannt gewordenes Programm eingeführt, das zuerst nur Schwarzen, später aber auch anderen ethnischen Gruppen sowie gesellschaftlichen »Minderheiten« (Frauen, Homosexuellen, Behinderten etc.) eine bevorzugte Behandlung bei der Vergabe von Arbeits- und Studienplätzen, Beförderungen, Firmenaufträgen, Sozialwohnungen und ähnlichem einräumte. Alle Versuche, dem auf dem Rechtsweg entgegenzutreten, sind letztlich gescheitert, obwohl offensichtlich gegen die eigentliche Intention des liberalen Staates Kollektivrechte verankert wurden, die keineswegs nur polemisch als »umgekehrter Rassismus« bezeichnet werden.

Parallel zu diesem Veränderungsprozeß setzten sich die Multikulturalisten als dominierende Richtung durch. Sie etablierten im Namen des »Pluralismus« eine Vielzahl von alternativen Orientierungsmustern und stellten jede Forderung nach Integration unter den Verdacht des »Rassismus«. Diese Entwicklung hat aber in den achtziger Jahren ihre ganze Problematik enthüllt. Dabei gerieten vor allem drei Tendenzen in die Kritik:

1. Die zunehmende kulturelle Fragmentierung durch die formale Gleichberechtigung aller möglichen kulturellen Spielarten neben der bis dahin als verbindlich betrachteten »westlichen«, also europäischen.
2. Die zunehmende ethnische Fragmentierung, bedingt durch die Einwanderung immer neuer, immer weniger assimilationsbereiter Gruppen, deren Geburtenraten zum Teil außerordentlich hoch sind; in dem Zusammenhang spielte und spielt die illegale Einwanderung aus Mexiko eine wichtige Rolle, die faktisch zur (Re-)Hispanisierung des Südens der USA geführt hat.
3. Die zunehmende politische Fragmentierung nicht nur durch die Sonderrechte für ethnische Minderheiten, sondern auch durch den besonderen Charakter der Konflikte, in die die Vereinigten Staaten seit dem Ende des Kalten Krieges verwickelt wurden; der von Samuel Huntington beschworene *clash of civilisations* hat Folgen für den Innen- wie den Außenbereich.

Die Vorstellung, daß die Vereinigten Staaten von einem *disuniting*[6] bedroht seien, faßte seitdem auch im liberalen Milieu Fuß. Selbst Angehörige der farbigen Minderheiten äußern Zweifel an der Funktionstüchtigkeit eines Gesellschaftsmodells, das immer weniger Forderungen an die Anpassungsbereitschaft zu stellen wagt, aber umgekehrt ein erstaunliches Maß an Toleranz gegenüber allen möglichen mehr oder weniger legitimen Sonderinteressen zeigt. Diese Art von Entgegenkommen führte zuerst an den Universitäten zur Verdrängung des klassischen Kanons durch alle möglichen modischen Curricula, die sich mit *Black Studies* neben feministischer Forschung und anderem, aber keinesfalls mit den tradierten europäischen Bildungsgütern befassen wollten. Hinzu kam die Virulenz des seit dem Beginn der *new immigration* bestehenden Sprachproblems, vor allem im Hinblick auf den außerordentlich starken Zustrom von legalen und illegalen mexikanischen Einwanderern. In den vergangenen vierzig Jahren ist der Anteil der aus Lateinamerika stammenden Migranten von etwa zwanzig auf fünfzig Prozent der Einwanderer überhaupt angestiegen. In einigen Bundesstaaten wie Texas und Kalifornien haben bereits ganze Regionen eine spanischsprechende Mehrheit. Versuche, diesen Zustrom zu bremsen oder wenigstens zu kanalisieren, sind ausnahmslos gescheitert. Zu attraktiv ist die Beschäftigung der *Hispanics* in einfachen Arbeitsverhältnissen.

Die Problematik der sozialen Lage dieser Gruppe ist bloß mit der der Schwarzen zu vergleichen, die allerdings in vielem noch bedrohlicher erscheint. Zwar hat *affirmative action* zur Entstehung einer sehr schmalen schwarzen Ober- und einer etwas breiteren Mittelschicht geführt, aber die große Masse der Schwarzen

lebt nach wie vor in erbärmlichen Verhältnissen. Das Einkommen einer schwarzen Familie lag im Jahr 2003 durchschnittlich bei 33.525 US-Dollar, das einer weißen bei 54.633.[7] Die Wahrscheinlichkeit von Arbeitslosigkeit ist für Schwarze ungleich höher als für Weiße, ihr Anteil an Bildungsabschlüssen ungleich geringer. Hinzu kommen alle Anzeichen sozialer Zerrüttung: die Wahrscheinlichkeit einer Abtreibung liegt bei einer schwarzen Frau doppelt so hoch wie bei einer weißen, zwei Drittel aller schwarzen Kinder werden unehelich geboren,[8] fast die Hälfte der Jugendlichen wächst ohne Vater auf. Die Kindersterblichkeit ist fast doppelt so hoch wie in weißen Familien. Bei einem Bevölkerungsanteil von 13 Prozent stellen die Schwarzen mehr als 40 Prozent aller Häftlinge, 45,7 Prozent der im Jahr 2001 wegen Mordes Einsitzenden waren schwarz, 9 Prozent weiß.

Die Sonderstellung der Schwarzen im ethnischen Aufbau der Vereinigten Staaten erklärt auch, warum die früher selbstverständlich geübte Solidarität – etwa im Rahmen der die Demokratische Partei unterstützenden »Regenbogenkoalition« – längst zerstört ist. Dazu hat nicht zuletzt die aggressive Wendung der Schwarzen gegen andere Minoritäten beigetragen. Schon früh richtete sich ein auch, aber nicht nur mit dem Einfluß der *Black Muslims* in Verbindung stehender Affekt gegen die jüdische Gemeinde. Eine wichtigere Rolle spielt außerdem die Feindseligkeit gegenüber den asiatischen Einwanderern. Deren Verhalten entspricht in keiner Weise der Vorstellung, die man sich von einer unterprivilegierten und am Aufstieg gehinderten Minderheit macht. Ähnlich der kollektiven Karriere des amerikanischen Judentums ist seit den sechziger Jahren ein Prozeß zu beobachten, bei dem vor allem die aus Japan, China, Vietnam, Korea und Indien stammenden Migranten den sozialen Abstand zu den Weißen nicht nur aufholen, sondern in vielen Fällen – etwa beim Anteil der Collegeabsolventen – sogar überbieten.

Angesichts dieser Entwicklungen in den USA gerät ein zentrales Faktum immer stärker aus dem Blick: die Tatsache, daß die Weißen mittelfristig eine Minorität sein werden. In Kalifornien ist ihr Anteil an der Bevölkerung schon 1999 unter die Fünfzigprozentmarke gefallen, bis zum Jahr 2010 soll er sich auf vierzig Prozent verringern, bis zur Mitte des Jahrhunderts wird dieser Stand in den Vereinigten Staaten allgemein erreicht sein.

1 Habermas, Faktizität, S. 642.

2 Albert Haas: Die Negerfrage in den Vereinigten Staaten von Amerika, *Volkswirtschaftliche Zeitfragen* 34 (1912) 6, Nr. 269, S. 1.

3 Vgl. Mae M. Ngai: American Immigration law: A Re-examination on the Immigration Act of 1924, in: *The Journal of American History* 86 (1999) 1.

4 Zur allmählichen Entwicklung der Idee und zur Rolle Zangwills vgl. Richard Conant Harper: The Course of the Melting Pot Idea to 1910, New York 1980.

5 Vgl. Dietrich Herrmann: »Be an American!« Amerikanisierungsbewegung und Theorien zur Einwandererintegration, *Nordamerikastudien*, Bd 1, Frankfurt a. M. und New York 1996, S. 189f.

6 Schlesinger, Disuniting.

7 Alle Daten nach U. S. Census Bureau unter www.us.gov.

8 Diese Zahl wächst offenbar seit 1917 kontinuierlich an; vgl. Gert Raeithel: Geschichte der nordamerikanischen Kultur, Bd 3, Weinheim 1992, S. 230.

Abbild Europa

Im Jahr 1925 schrieb der schon erwähnte amerikanische Soziologe Fairchild »Die Vereinigten Staaten sind die erste große, Einwanderer aufnehmende Nation, die die Scheidelinie überschritten hat …«.[1] Die »Scheidelinie« war aus Sicht Fairchilds jene Grenze, die durch Einsicht in die Folgen zunehmender Migration gezogen wurde. Wachsende Heterogenität, so die Annahme Fairchilds, müsse zu politischer, sozialer und wirtschaftlicher Destabilisierung führen. Seine Mahnung galt damals vor allem den Ländern Lateinamerikas, aber er hatte durchaus schon in den Blick genommen, daß Einwanderung zu einem internationalen Phänomen geworden war, das auch die europäischen Staaten betraf.

Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs war Migration in Europa vor allem ein Binnenphänomen. Zuzug von Arbeitskräften, von religiös oder politisch Verfolgten hatte es im Grunde immer gegeben, auch wenn die neuzeitlichen Staaten versuchten, diese Bewegungen strenger zu kontrollieren und nur dann zuzulassen, wenn sie ihren Interessen entsprachen. Abwehr der Fremden durch die eigenen Untertanen gehörte dabei zu den häufigen Reaktionen, aber die wechselseitige Anpassung erfolgte unter autoritärem Druck und bei klaren Mehrheitsverhältnissen, über längere Zeiträume und wurde häufig erfolgreich abgeschlossen. Erst seit dem 19. Jahrhundert entstand mit der Nationalisierung der Bevölkerungen ein neuartiges Gemeinschaftsbewußtsein, das Migration (ebenso wie das Vorhandensein nicht assimilierter Gruppen) als Problem für die kollektive Identität ansah. In der Folge kamen politische Bewegungen auf, die nicht nur eine aktive Geburtenpolitik verlangten, wenn der eigene Bestand durch Rückgang bedroht schien, sondern auch die Landnahme anderer Ethnien zu verhindern trachteten. Bekannte Beispiele dafür sind die Vereine, die im wilhelminischen Deutschland gegen polnische Saisonarbeiter vorgingen oder die nationalistischen Organisationen, die schon im Frankreich der dreißiger Jahre unter der Parole »Frankreich den Franzosen« die Rückführung italienischer, spanischer, portugiesischer und schwarzafrikanischer Zuwanderer verlangten.

Allerdings wird man sagen können, daß Migration bis in die späten fünfziger Jahre nur wenigen Europäern als gravierendes Problem erschien. Das änderte sich wegen der erwähnten Einwanderung aus den noch existierenden oder ehemaligen Kolonialreichen sowie der Anwerbung von Gastarbeitern, innerhalb, dann auch außerhalb des Bereichs der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Hinzu trat seit den siebziger Jahren die wachsende Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden, die zum Teil als Verfolgte, zum Teil auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrer Heimat, aber auch aus persönlichen Motiven kamen. Welche Folgen diese Migrationsströme genau für die Bevölkerungsstrukturen

Europas hatten, wird sich kaum noch feststellen lassen; das hängt nicht zuletzt mit der unterschiedlichen Handhabung des Staatsbürgerrechts in den einzelnen Ländern zusammen. Immerhin gibt das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) für das Jahr 2001 – den Zeitpunkt der letzten Erhebung – einen Anteil von 5,4 Prozent *non-nationals* in den Mitgliedsländern an, davon 3,8 Prozent aus anderen EU-Staaten, 1,6 Prozent aus Nicht-EU-Staaten. Diese Durchschnittszahlen dürfen allerdings nicht den Blick darauf verstellen, daß der Ausländeranteil im Einzelfall sehr viel höher liegt: in Belgien bei 8,4 Prozent, in Deutschland und Österreich bei 8,9 Prozent.[2] Außerdem läßt sich auf Grund der großzügigen Vergabe der Staatsbürgerschaft an Einwanderer etwa in Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden nur mutmaßen, wie hoch der Anteil der Migranten dort tatsächlich ist. In Großbritannien veröffentlicht das Amt für nationale Statistik immerhin Daten über »Ethnizität«, die den Anteil der Minderheiten mit 7,9 Prozent, den der »*Mixed*« mit 1,2 Prozent angibt.[3] Für Frankreich kann man dagegen aus den Angaben des *Institut National de la Statistique et des Études Économiques* nur schließen, daß der Teil derjenigen Einwohner, die außerhalb der Grenzen geboren sind oder die Staatsbürgerschaft erst erworben haben, etwa 9 Prozent beträgt.[4]

Nachdem die europäischen Staaten faktisch zu Einwanderergebieten geworden waren, stellte sich die Frage, wie mit der wachsenden allochthonen Bevölkerung umzugehen sei. Im wesentlichen haben sich zwei Modelle durchgesetzt:

1. Das »republikanische Modell« wird vor allem in Frankreich praktiziert. Es betrachtet alle Bürger sowie die Einwanderer, die einen Anspruch auf die französische Staatsbürgerschaft haben, als Individuen, aus denen sich die Nation gleichmäßig zusammensetzt. Dieses Konzept wird gemeinhin mit dem revolutionären Erbe Frankreichs begründet und zielt auf die zügige Assimilation der Migranten ab. Sie scheint umso leichter erreichbar, als der größte Teil der Einwanderer aus frankophonen Ländern stammt. Die französische Politik beharrt auf der prinzipiellen Gleichbehandlung und ignoriert die ethnischen oder religiös-kulturellen Differenzen.
2. Einen anderen Weg geht das »Mosaik«, das von Assimilation ausdrücklich absieht und den Aspekt der Bereicherung des Einheimischen durch die Zuwanderer betont. Es wurde zuerst in Großbritannien erprobt, aber auch die Niederlande orientieren sich weitgehend an diesem Modell. Die Annahme einer kulturellen Hierarchie lehnt man ab, die prinzipielle Gleichwertigkeit und Vereinbarkeit aller Überlieferungen behauptet. Die in Frankreich bekämpfte Einflußnahme der ethnischen beziehungsweise religiösen Gruppen wird ausdrücklich befürwortet.

Es ist unschwer zu erkennen, daß beide Modelle weitgehend den amerikanischen – dem der Amerikanisierer und dem der Multikulturalisten – entsprechen. Ebenso offenkundig ist, daß die Nativisten, die noch bis in die achtziger Jahre eine stärkere Einwanderung auf den alten Kontinent zu verhindern suchten, ihren

Einfluß mehr oder weniger verloren haben. Allerdings existieren in vielen EU-Ländern »populistische« Bewegungen (der *Front National* in Frankreich, *Vlaams Belang* in Belgien, die »Fortschrittspartei« in Dänemark, die FPÖ in Österreich, die *Lega Nord* in Italien), die sich als Verteidiger der Autochthonen verstehen.

In der politischen Auseinandersetzung wird zwischen den beiden dominierenden Modellen selten ganz klar getrennt. In Deutschland etwa, das mit dem 1999 eingeführten neuen Staatsbürgerrecht das »republikanische« Konzept übernommen hat, dominiert ideologisch das »Mosaik«; so heißt es etwa in der Selbstdarstellung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge: »Das friedliche Miteinander-Leben von Einheimischen und Zuwanderern soll selbstverständlich werden. Zuwanderern muß daher eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unter Respektierung kultureller Vielfalt ermöglicht werden. Zugleich setzt erfolgreiche Integration die Bereitschaft der Zuwanderer voraus, sich auch eigeninitiativ mit der Sprache sowie den Normen und Werten der Aufnahmegesellschaft vertraut zu machen.«[5]

Zu den USA ergibt sich aus dem faktischen Scheitern der Integrationsbemühungen eine weitere Parallele. Dabei ist es ohne Belang, welches der genannten Modelle zur Anwendung kommt, denn die entscheidende Rolle spielt die primäre wechselseitige Wahrnehmung. So entspricht der Selbstbestimmung vieler Franzosen als Rassisten die Einschätzung vieler Migranten, daß sie zwar *de iure* Franzosen seien, aber eben keine »echten« – hellhäutigen und hellhaarigen – Franzosen.[6] In Großbritannien liegt der Anteil gemischtrassiger Ehen mit zwei Prozent ähnlich niedrig wie in den USA. In allen europäischen Ländern mit erheblichem Migrantenanteil an der Bevölkerung gibt es eine sehr starke Tendenz zur Ghettoisierung und Selbstghettoisierung. Die Folge ist nicht nur die Entstehung von »Parallelgesellschaften«, sondern auch das »Kippen« ganzer Quartiere, zuerst in den Groß-, dann auch in den Mittelstädten. Nach einer Hochrechnung des Deutschen Instituts für Urbanistik werden Mitte des 21. Jahrhunderts alle deutschen Großstädte eine Mehrheitsbevölkerung mit »Migrationshintergrund« haben.[7] In London lebt heute mehr als die Hälfte der Ausländer Großbritanniens, sie stellen fast ein Drittel der Einwohner dieser Metropole.

Die Konzentration in urbanen Räumen und das starke Wachstum durch Geburten oder Nachwanderung führen bei den Einwandererfamilien zu kollektiver Frustration, die vor allem dadurch bestärkt wird, daß man sich von den Lebenschancen der Mehrheitsgesellschaft ausgeschlossen fühlt. In allen europäischen Ländern stellen Einwanderer und deren Nachkommen einen überproportionalen Anteil der Armen und Fürsorgeempfänger. In den Niederlanden etwa lagen im Jahr 2000 bei einem Durchschnitt von 13 Prozent Haushalten mit niedrigem Einkommen die »nichtwestlichen Minderheiten« (vor allem Türken, Marokkaner sowie Südostasiaten) mit 33 Prozent deutlich über dem Satz; und das, obwohl ihr Anteil im Lauf von fünf Jahren bei günstigen Wirtschaftsdaten um 10 Prozent zurückgegangen war.[9] In Frankreich ist die Jugendarbeitslosigkeit

unter den *beurs* etwa doppelt so groß wie unter den Nachkommen der Eingesessenen; 40 bis 50 Prozent derjenigen, die in den *banlieues* von Paris leben, sind ohne Arbeit und werden es nach menschlichem Ermessen auch bleiben. Für viele ist längst die Kleinkriminalität zum eigentlichen Beruf geworden.[10]

Aus solchen Entwicklungen resultiert, daß die »Ausländerkriminalität« ein besonders guter Maßstab für den Grad der Desintegration bildet. Es handelt sich dabei um einen durch politisch korrekte Tabusetzungen oder durch die Unterdrückung statistischer Daten in seinem ganzen Ausmaß allerdings nur schwer feststellbaren Tatbestand.[11] So ist bloß auf Umwegen zu rekonstruieren, daß heute mehr als 70 Prozent der Insassen französischer Gefängnisse muslimischen Glaubens sind, was als schwer bestreitbares Indiz für deren Allochthonie zu gelten hat.[12] In Deutschland wurden 2003 – bei einem Ausländeranteil von 8,8 Prozent – 24,2 Prozent aller Straftaten von Ausländern verübt, was nicht annähernd mit ausländerspezifischen Taten wie illegalem Aufenthalt oder Paßvergehen zu erklären ist, sondern zu tun hat mit der hohen Zahl Verurteilter, die wegen Mord oder Totschlag (34,9 Prozent), Sexueller Nötigung beziehungsweise Vergewaltigung (33,9 Prozent), Körperverletzung (24,8 Prozent), Vermögensdelikten (24,9 Prozent), Raub und Erpressung (33 Prozent), Diebstahl und Unterschlagung (27,4 Prozent) vor Gericht standen.[13] Im Bereich der Organisierten Kriminalität sind die Einheimischen längst in die Minderheit geraten: Nach dem Lagebericht 2004 des Bundeskriminalamtes waren nur noch 37,1 Prozent der Tatverdächtigen Deutsche, unter ihnen 17,4 Prozent mit abweichender »Geburtsstaatsangehörigkeit«.[14] Ein besonderes Problem stellt im Zusammenhang der Ausländerkriminalität die Jugendkriminalität dar. In den Niederlanden hat man für das Jahr 2004 festgestellt, daß 43 Prozent aller Gewaltdelikte sowie 36 Prozent aller Vermögensdelikte von ausländischen Jugendlichen beziehungsweise jungen Erwachsenen verübt wurden.[15]

Im Vergleich zu dieser Situation erscheinen die Integrationsschwierigkeiten, die aus Sprachschwierigkeiten, Schulabbruch und mangelnder Bildung resultieren, fast vernachlässigenswert. Sie wirken sich aber insofern dramatisch aus, als sie die soziale Randstellung eines großen Teils der Einwanderer und ihrer Nachkommen in Zukunft weiter verstärken werden. Gerade die Jüngeren neigen dazu, Integrationsangebote nicht nur nicht anzunehmen, sondern ganz bewußt auf politische und religiöse Alternativen zurückzugreifen, die ihnen eine Identität gegen die der bestehenden Mehrheitsgesellschaft ermöglichen. Während man solche Probleme, die vor allem in der zweiten und dritten Generation bestehen, in Deutschland vor allem auf fehlende Sprachkenntnisse zurückführt, gibt es entsprechende Hemmnisse in Frankreich aus den erwähnten Gründen gar nicht, in Großbritannien in sehr viel geringerem Maß, ohne daß damit etwas gebessert wäre. In Großbritannien betrachten sich zwar alle Weißen britischer Herkunft als »britisch«, gefolgt von der Gruppe der »*Mixed*« mit fast 80 Prozent, aber dasselbe trifft sonst auf keine der im Land lebenden ethnischen Minoritäten zu:

Die Identifizierung mit dem Aufenthaltsland liegt bei Pakistanis und Kariben mit fast sechzig Prozent relativ hoch, dann folgen Inder und Bangladeshi mit etwa 50 Prozent, Afrikaner mit 35 und Asiaten mit 30 Prozent.

Das Selbstbewußtsein, mit dem man in Frankreich auf die assimilierende Kraft des republikanischen Modells gesetzt hatte, erhielt spätestens 2001 einen symbolischen Schlag, von dem es sich nicht mehr erholt hat, als bei einem Fußballspiel zwischen Frankreich und Algerien die jungen *beurs*, die fast ausnahmslos über einen französischen Paß verfügten, mit algerischen Nationalflaggen im Pariser Stadion erschienen und der Gesang der Marseillaise in ihrem höhnischen Geschrei unterging.

Eine grundsätzliche Korrektur der bisherigen Politik folgte daraus nicht. Eine stärkere Orientierung am »Mosaik« wie es der Innenminister Sarkozy angesichts der jüngsten Krawalle in den Pariser *banlieues* und einigen Großstädten verlangt hatte, wurde durch den Premierminister de Villepin noch einmal zurückgewiesen mit dem Hinweis auf das »anglo-amerikanische Modell«, das sich für die französischen Verhältnisse nicht eigne: Vielmehr gründe die Republik ohne Einschränkung

> »… auf der Anerkennung des Individuums und nicht der Gemeinschaft, auf der gleichen Anerkennung aller Bürger unabhängig von ihrer Herkunft, ihren Überzeugungen und ihrer Kultur.«[16]

Tatsächlich käme eine Übernahme amerikanischer oder britischer Konzepte einer Bankrotterklärung gleich. Umgekehrt hat man in Großbritannien aus den wachsenden Schwierigkeiten mit den verschiedenen ethnischen Gruppen die Folgerung gezogen, der Assimilation ein stärkeres Gewicht zu geben. Im April 2004 forderte der Vorsitzende der Kommission für Rassengleichheit (*Commission for Racial Equality*), Trevor Phillips, den Begriff »Multikulturelle Gesellschaft« als Zielbestimmung für die Entwicklung Großbritanniens aufzugeben, da diese faktisch zum Zerfall des Landes führe. Bemerkenswerterweise gehört Phillips zur farbigen Minderheit.[17]

1 Henry Pratt Fairchild: Immigration. A world movement and its american significance, New York [2]1925, S. 474.

2 Der Ausländeranteil von 36,9 Prozent in dem Kleinststaat Luxemburg kann auf Grund der besonderen Umstände außer Betracht bleiben.

3 Diese und die übrigen Daten zu Großbritannien unter www.statistics.gov.uk.

4 Daten unter www.insee.fr.

5 www.bamf.de

6 Vgl. Katrin Bennhold: We're French, but not »real« French, in: *Herald Tribune* vom 5./6. November 2005.

7 Vgl. Jochen Kummer: Drohen uns Unruhen wie in England?, in: *Welt am Sonntag* vom 3. Juni 2001.

8 Zahlen nach Paul Harris: Bloody riots waiting to happen in the ghettos that divide a city, in: *The Observer* vom 22. April 2001.

9 Cok Vrooman und Stella Hoff (Hrsg.): The Poor Side of the Netherlands. Results from the Dutch »Poverty Monitor«, 1997–2003, The Hague 2004, S. 84. Im Jahr 1996 stellte die *Labour Party* in Großbritannien fest, daß 28 Prozent der Schwarzen und Kariben, 22 Prozent der Pakistaner und 12 Prozent der Inder arbeitslos seien, während die entsprechende Zahl bei den Weißen nur 10 Prozent betrug; vgl. Harris, Riots.

10 Vgl. die kursorischen Hinweise etwa bei Karl-Otto Sattler: Im Rausch der Zerstörung, in: *Das Parlament* vom 14. November 2005.
11 Es sei hier auf die interpretatorischen Verrenkungen hingewiesen, die beispielsweise im Hinblick auf die britische Statistik der Gefängnisinsassen (9,7 Prozent männliche Schwarze bei einem Bevölkerungsanteil von 1,2 Prozent, 11 Prozent weibliche bei 1,5 Prozent; 1,9 Prozent Asiaten bei einem Bevölkerungsanteil von 2,7 Prozent) gemacht werden in dem Beitrag von Marian FitzGerald: »Race« and the criminal justice system, in Tessa Blackstone, Bhikhu Parekh und Peter Sanders (Hrsg.): Race Relations in Britain. A developing agenda, London 1998, S. 158–180, hier S. 166.
12 Vgl. Lorenz Jäger: Muslime im Gefängnis: Eine französische Studie beunruhigt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 25. Juli 2005.
13 Angaben des Statistischen Bundesamtes »Ausländische Verurteilte 2003« unter www.destatis.de.
14 Bundeskriminalamt (Hrsg.): Bundeslagebild Organisierte Kriminalität 2004. Kurzfassung, Berlin 2004, S. 20f.
15 Sociaal en Cultureel Planbureau: Jaarrapport Integratie 2005, Den Haag 2005, S. 159.
16 Zit. Nach Michaela Wiegel: Formale Gleichheit, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. November 2005.
17 *BBC News* vom 10. April 2004.

Rassenkrawalle

Der Begriff *riot* im Sinne von »Krawall« war in den USA längere Zeit für jene Konflikte gebräuchlich, die seit dem Unabhängigkeitskrieg, vermehrt aber seit dem Beginn der massiven Einwanderung in den 1840er und 1850er Jahren auftraten: *Riots* waren Übergriffe von Weißen auf Zuwanderer oder auf Schwarze. Bestimmend war dabei lange Zeit ein religiöser, nämlich antikatholischer Affekt, erst später kamen im genaueren Sinne »rassische« Aspekte ins Spiel. Früh traten außerdem interethnische Konflikte auf, wie bei den Auseinandersetzungen zwischen jüdischen und irischen Zuwanderern in New York in den 1890er Jahren, zwischen Frankokanadiern und Iren in Providence oder zwischen Iren und Italienern im sogenannten *Alderman's War*, der noch 1916 in Chicago blutig ausgetragen wurde.

Ganz im Vordergrund standen allerdings nach dem Ende des Bürgerkriegs die Angriffe von Weißen auf Schwarze. Bis in die 1920er Jahre kam es mehrfach zu regelrechten Massakern, etwa dem von Thibodaux, 1887, dem zweihundert bis dreihundert Menschen zum Opfer fielen. In diesem Fall spielten auch soziale Faktoren eine Rolle, ähnlich wie bei den *riots* von St. Louis im Jahr 1917, als weiße gegen schwarze Arbeiter vorgingen, in denen sie Konkurrenten um ihre Arbeitsplätze sahen. Sonst waren oft Lynchaktionen der Auslöser. Entsprechende Ausschreitungen der »Volksjustiz« wegen vermeintlicher oder tatsächlicher Straftaten fanden 1919 in Chicago und 1921 in Tulsa statt. In beiden Fällen gab es allerdings schon eine mehr oder weniger organisierte schwarze Gegenwehr.

Bis zum Zweiten Weltkrieg kehrte eine gewisse Beruhigung in die Rassenbeziehungen ein. Dann begann sich eine allmähliche Umkehrung der Verhältnisse abzuzeichnen. Eine Ursache dafür war die massenhafte Zuwanderung von Schwarzen in die Industriegebiete des Nordens. So brachen 1948 in Cicero, einem Vorort von Chicago, dessen schwarze Bevölkerung sich in weniger als zehn Jahren verdoppelt hatte, Massenschlägereien aus. Ursache war offenbar der Versuch von Weißen, gegen die Übernahme ganzer Straßenzeilen durch schwarze Bewohner gewaltsam vorzugehen. Ähnliche Auseinandersetzungen gab es auch in der Folgezeit, ihren Höhepunkt erreichten sie aber mit dem Aufstieg des *Civil Rights Movement* in den auch sonst bewegten sechziger Jahren. 1964 gab es von Schwarzen ausgelöste Unruhen in New York, 1965 in Los Angeles, 1966 in San Francisco, 1967 in Detroit, Newark und Baltimore, 1968 wiederum in New York und Baltimore, in Cleveland und Chicago sowie landesweit nach der Ermordung des schwarzen Bürgerrechtlers Martin Luther King. Dauer und Intensität der *riots* waren unterschiedlich, gemeinsam war ihnen aber immer der gegen die Weißen gerichtete Charakter.

Eine erneute Verschiebung dieser Konstellation ergab sich in Folge der wachsenden interethnischen Spannungen, die in den USA seit den siebziger Jahren zu verzeichnen waren. Schon vorher hatte sich ein spezifisch schwarzer Antisemitismus ausgebildet, der nicht nur durch Neid auf die Erfolge der jüdischen Minderheit erklärbar war, sondern auch rein ideologische Gründe hatte. Jetzt stellten die gelockerten Zuwanderungsbedingungen den mühsam erreichten sozialen Aufstieg vieler Schwarzer in Frage: Sie zeigten sich der Konkurrenz von Chinesen, Koreanern oder Vietnamesen nicht gewachsen. Der Zuzug der *Hispanics* und Asiaten in städtische Ballungszentren mit einem hohen schwarzen Bevölkerungsanteil führte zu steigender Aggressionsbereitschaft, zumal dann, wenn die schwarze Mittelschicht die Quartiere verließ und der freiwerdende Platz von anderen Ethnien ausgefüllt wurde.[1] Bei den letzten großen Rassenunruhen – ausgelöst in Los Angeles im Mai 1992 durch den Freispruch für vier weiße Polizisten, die einen schwarzen Verdächtigen schwer mißhandelt hatten – richtete sich der Mob bevorzugt gegen asiatische Geschäfte und Häuser. Vor allem der relative Wohlstand koreanischer Kaufleute stachelte die Wut an und führte zu gezielten Plünderungen, Vandalismus und körperlichen Attacken. Präsident Bush sah sich schließlich gezwungen, mehr als zwanzigtausend Mann zu mobilisieren, um die »*L. A. Riots*« niederzuschlagen. Es gab 58 Tote, mehrere tausend Verletzte, fünfeinhalbtausend zerstörte Gebäude, die meisten davon in den Wohnvierteln der Schwarzen selbst. Die Rassenunruhen von 1992, die auch auf San Francisco, Seattle, Las Vegas, Tampa und Boston übergriffen, waren die schwersten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

An diesen Konflikten läßt sich – wenn sonst nichts – der außerordentlich gewalttätige Charakter der multiethnischen Gesellschaft Nordamerikas ablesen. Einige Beobachter rechnen durchaus mit dem »kommenden Rassenkrieg«.[2]

Dies ist eine Vorstellung, die in Europa mit Verwunderung oder klammheimlicher Freude, oft einer Mischung aus beidem, zur Kenntnis genommen wird. Auf dem alten Kontinent hatte es während der Zwischenkriegszeit brutalste Übergriffe gegen nationale und religiöse Minderheiten bis zu systematischer Vertreibung und Vernichtung gegeben. Aber nach 1945 schienen diese oder ähnliche Probleme kaum noch von Bedeutung zu sein. Die Situation im Ostblock war von der im Westen zwar deutlich verschieden, aber wenigstens im freien Teil Europas glaubte man das Zeitalter der Nationalitätenkämpfe hinter sich zu haben.

Wenn überhaupt Konflikte zwischen ethnischen Gruppen gewaltsam ausgetragen wurden, dann in jenen Ländern, die einen größeren Bevölkerungsanteil aus ihren ehemaligen Kolonien ins Land geholt hatten. Aber auch die schienen im Hinblick auf Intensität und Opferzahlen den amerikanischen *riots* kaum vergleichbar. Zuerst kam es 1958 zu Rassenkrawallen zwischen Weißen und Schwarzen im Londoner Stadtteil Notting Hill. Dann dauerte es fast zwei Jahrzehnte, bis sich ähnliches wiederholte. 1981 gab es Konflikte in Brixton, südlich von London, bei denen schon Benzinbomben zum Einsatz kamen und großer Sachschaden

entstand. Die Ausschreitungen wiederholten sich später im Jahr und sprangen auf Manchester, Southall, Toxteth und Liverpool über, wo ein Mann getötet wurde. 1985 gab es in Handsworth bei Birmingham einen *riot*, einen weiteren bei Broadwater Farm, bei dem ein Polizeibeamter vom Mob mit Macheten und Messern niedergehauen wurde. Zehn Jahre später starb ein weiterer *officer* unter Fußtritten bei einem neuen Krawall in Brixton. Im selben Jahr kam es zu drei Nächte andauernden Krawallen, die asiatische *gangs* in Bradford auslösten, dann folgten im April 2001 die bisher schwersten Konflikte in Oldham und im Oktober 2005 die *riots* in den Armenvierteln von Birmingham.

Aufschlußreich an den beiden zuletzt genannten Vorgängen ist, daß sich in Oldham ein neues Selbstbewußtsein der Zuwanderer, genauer: ihrer Nachkommen, manifestierte. Es führte nicht nur zum Abschluß der mehrheitlich von ihnen bewohnten Viertel, die die Jugendlichen für Weiße zu *no go areas* erklärten.[3] Vielmehr trug es dazu bei, daß sich im Hinblick auf die Opferzahlen rassistischer Übergriffe die bisherigen Zahlenverhältnisse umkehrten: Seit dem Anfang der neunziger Jahre waren mehr als zwei Drittel der hier Attackierten Weiße.[4] Bei den *riots* von Birmingham gehört zu den Besonderheiten, daß es sich um eine gewalttätige Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Minoritäten handelte, ausgelöst durch die – bisher nicht belegte – Behauptung, ein pakistanisches Mädchen sei von Schwarzen vergewaltigt worden. Wie auch immer dieser Vorwurf begründet sein mag, in jedem Fall hat sich hier eine besonders brisante Mischung aus interethnischer und sozialer Konfliktlage, bedingt auch durch den Neid der Schwarzen auf den wirtschaftlichen Erfolg der Asiaten, ergeben.

Die Angleichung an die amerikanischen Verhältnissen ist offensichtlich, auch wenn der Grad der Gewalttätigkeit in Großbritannien nach wie vor geringer ist, was sich an der sehr viel kleineren Zahl von Todesopfern und der Zurückhaltung der Ordnungskräfte (die keine scharfe Munition verwenden) ablesen läßt. Andererseits spielt die große Zahl junger Männer unter den Allochthonen eine wichtige Rolle für die zunehmende Eskalation, die in kleinen Trupps den Kampf führen und dabei auch von der Aussicht motiviert werden *coups* zu machen. Ihre Feindseligkeit richtet sich dabei dezidiert gegen die »Anderen«, wobei häufig, aber nicht ausschließlich die Weißen oder deren Machtmittel, etwa die Polizei, als Hauptfeind betrachtet werden. Eine wichtige Übereinstimmung liegt auch in der sich über die Jahre steigernden Intensität der *riots*, die in immer kürzeren Zeitabständen auftreten und dabei ein wachsendes Maß an Brutalität zeigen. In Birmingham waren immerhin zwei Tote zu beklagen.

Die Entwicklung in Großbritannien wurde von Frankreich aus lange Zeit mit überlegener Miene beobachtet. Zwar zeichnete sich auch hier eine stärkere Ghettoisierung ab, aber die republikanische Ideologie half doch, sich darüber zu täuschen, daß die Auseinandersetzungen zwischen Einwanderern und Polizei immer deutlicher den Charakter der angelsächsischen *riots* annahmen. Spätestens seit dem Ende der achtziger Jahre ist das Problem nicht mehr zu leugnen,

aber erst im Oktober 1990 kam es zum Ausbruch der Gewalt. Alles begann mit den Ausschreitungen in Vaulx-en-Velin, gefolgt von denen in Val-Fourré im Juni 1991, im Frühjahr 1993 brachen Krawalle in Grigny bei Paris, dann im Herbst in Arles aus, im März 1996 kam es zu Unruhen in den Sozialbauvierteln von Reims, im Juni folgte Roubaix, im Dezember 1997 einige Vororte von Paris und Lyon. Folklorecharakter haben mittlerweile schon die in Straßburg zu Silvester verzeichneten Krawalle, bei denen *gangs* aus Schwarzen und *maghrebins* Autos anzünden und sich Straßenschlachten mit der Ordnungsmacht liefern. Größere mediale Aufmerksamkeit erregten Anschläge oder Sachbeschädigungen durch die Jugendlichen aus Einwandererfamilien aber praktisch nur noch, wenn sie sich – was seit der Verschärfung der Lage im Nahen Osten häufiger vorkommt – gegen jüdische Institutionen richteten; der Versuch, diese Vorgänge nur als »traurige Modeerscheinung«[5] zu werten, blieb ohne Erfolg.

Denn eine effektive Abwehr gibt es hier so wenig wie im Fall der Banden, die in den *banlieues* und den größeren Städten des französischen Südens sporadisch für Unruhe sorgen und deren Ursachen in einem schwer entwirrbaren Konglomerat aus Männerbündischem, organisierter Kriminalität und religiösem oder politischem Extremismus liegen. Französischen Stellen war seit langem bekannnt, daß ein erheblicher Teil der Vorstädte von Paris mit einer Bevölkerungsmehrheit aus Einwanderern und deren Nachkommen als unkontrollierbar zu gelten habe. Die Versuche der Sozialisten, dem in der Ära Mitterrand durch ein besonderes Programm zu begegnen, scheiterten, als der eigens mit dem Amt eines »Stadtministers« versehene Bernard Tapie im Juni 1992 über eine Unterschlagungsaffäre stürzte. Seitdem beunruhigt die etablierten Parteien zwar die Möglichkeit, daß der *Front National* aus der Situation in den *banlieues* und der unkontrollierten Einwanderung politisches Kapital schlägt, aber zu effektiven Maßnahmen ist es trotz aller Untersuchungen, Programme und großspurigen Ankündigungen nicht gekommen. Schon 1993 erklärte der gaullistische Bürgermeister der Hauptstadt, Jacques Chirac, im Hinblick auf die wachsende Desintegration: »Der Zusammenhalt unserer Stadt und unserer Gesellschaft steht auf dem Spiel.«[6] Aber auch er hat weder in seiner damaligen noch in seiner späteren Funktion als Staatspräsident Maßnahmen ergriffen, die geeignet gewesen wären, die fatale Entwicklung aufzuhalten: Sie führte schließlich zu den drei Wochen andauernden Unruhen vom Oktober und November 2005.

Auslöser war ein tragischer Unfall: Zwei Jugendliche (ein *beur* und ein Schwarzafrikaner) versteckten sich, von der Polizei verfolgt, in einem Transformatorenhaus und kamen dabei zu Tode. Allerdings haben die weiteren Ereignisse sehr rasch jede Verbindung mit diesem Ereignis verloren und zu einer Eskalation geführt, die es bis dahin noch nicht gegeben hatte. Nachdem die Ausschreitungen ursprünglich auf den Ort Clichy-sous-Bois beschränkt schienen, wo die Jugendlichen umgekommen waren, weiteten sie sich in der Folge auf andere *banlieues*, dann auf französische Groß- und Mittelstädte aus. Betroffen waren außer der

Ile de France vor allem der Osten und Süden des Landes. Neben Angriffen auf Unbeteiligte, bei denen ein Mann starb, und Schlägereien mit der Polizei spielten auch Distanzattacken mit Benzinbomben, Molotowcocktails und Schrotmunition eine wichtige Rolle. Im Vordergrund stand allerdings die »Gewalt gegen Sachen«, deren bevorzugte Ziele staatliche Einrichtungen – Kindergärten, Schulen, Verwaltungs-, Polizei- und Feuerwehrgebäude – sowie Autos waren. Der dabei entstandene Sachschaden ist noch nicht abzuschätzen. Zwischen dem 28. Oktober und dem 16. November wurden jedenfalls mehr als 9.000 Pkw zerstört und fast 2.800 Personen im Zusammenhang mit den Krawallen inhaftiert. Die Festsetzung – und teilweise Abschiebung der Arretierten – erleichterte der von der Nationalversammlung am 8. November verhängte Ausnahmezustand.

Von Anfang an war die Frage umstritten, inwieweit die Krawalle organisiert waren. Eine entsprechende Vermutung äußerte früh der Generalstaatsanwalt Yves Bot, der Indizien dafür gefunden haben wollte, daß mittels Internet von den Gewalttätern zur Nachahmung aufgerufen würde. Dem haben andere unter Verweis auf den spontanen Charakter der Unruhen widersprochen und die Selbststilisierung als »Intifada« ausdrücklich zurückgewiesen. Immerhin ist unbestreitbar, daß die Ausschreitungen nicht nur innerhalb Frankreichs, sondern auch außerhalb des Landes Sympathisanten auf den Plan gerufen haben, die das Vorbild – wenn auch im Kleinen – kopieren wollten. Angezündete Autos und vereinzelte Konflikte zwischen Polizei und Jugendlichen gab es in Spanien, Portugal und Griechenland, Belgien, den Niederlanden und Dänemark.

In Deutschland blieb die Lage vergleichsweise ruhig. Nur in der Nacht vom 6. auf den 7. November kam es zu kleineren Ausschreitungen in Berlin, Bremen und Köln. Auffällig war, wie sehr man sich beeilte, die französischen Vorgänge für Deutschland auszuschließen oder wenigstens für sehr unwahrscheinlich zu erklären. Von offizieller Seite wird hervorgehoben, daß der Grad der Ghettoisierung in Frankreich viel weiter fortgeschritten sei. Außerdem habe man sorgsamer auf die Einbindung ausländischer Jugendlicher in Bildungssystem und Wirtschaftsleben geachtet. Die Beteiligung vor allem türkischer Jugendbanden an den regelmäßigen Ausschreitungen zum 1. Mai in Berlin-Kreuzberg findet keine Erwähnung. Im Blick auf die Unruhen in Frankreich löste allerdings die ungeklärte Rolle des Islamismus bei den deutschen Kommentatoren Unbehagen aus. Sehr früh hat man dessen Bedeutung negiert und darauf hingewiesen, daß die Gewalttäter zwar mehrheitlich Muslime seien, der religiöse Faktor als Motiv aber kaum in Frage komme. Eher war man schon bereit, einen »antiweißen« oder »Rassismus der Entrechteten«[7] in Betracht zu ziehen, der sich prinzipiell gegen die *bolos* – also die autochthonen Franzosen – richte.

Auch in Frankreich wird dieses Problem überhaupt erst diskutiert, seit bei Schülerdemonstrationen im März 2005 schwarze Jugendliche gezielt ihre weißen Altersgenossen angriffen und vor den Augen einer tatenlosen Polizei zusammenschlugen.[8] Dem Versuch einiger angesehener Intellektueller wie Alain Finkiel-

kraut, diesen Skandal publik zu machen, steht der Einfluß der Linken und der an den Regeln politischer Korrektheit orientierten Liberalen entgegen: Sie verharmlosen das Phänomen en oder gehen salopp darüber hinweg. So äußerte der Nationalsekretär der Sozialistischen Partei, Malek Boutih, in einem Interview:

> »Diese Leute wohnen in Ghettos. Für sie ist ein weißer Typ einer, der Kohle hat. Aber in diesen Vierteln leben auch Weiße. Der Rassismus, der sich gegen Weiße richtet, ist Teil des Diskurses, der vom eigentlichen Problem ablenkt. Sicherlich gibt es Leute, die die Weißen nicht mögen, das leugne ich nicht, aber es ist doch offensichtlich, daß nur wenige Weiße wegen ihrer Hautfarbe Probleme haben, eine Wohnung oder ein Hotelzimmer zu finden. Und nur wenige Weiße können am Samstagabend nicht ausgehen, weil sie weiß sind.«[9]

Die sozialen und politischen Prozesse in einem genehmen Licht erscheinen lassen zu können, ist eine Frage politischer Macht. Das Bewußtsein, über diese Macht zu verfügen, ist bei der Linken und bei der bürgerlichen Regierung gleichermaßen vorhanden, die Deutungsrichtung ist dieselbe: So wurde dem Fernsehen eine Zensur im Hinblick auf die Berichterstattung nahegelegt und den Zeitungen eine Selbstbeschränkung abgenötigt, mit dem Hinweis, die Reportagen würden die Krawalle noch anheizen. Daß Le Pen und andere Vertreter des *Front National* während der Unruhen faktisch Auftrittsverbot hatten, versteht sich von selbst: Sogar die Sekretärin der *Académie Française*, Helène Carrère-d'Encausse, konnte ihrem Unmut über die systematische Verfälschung der Wahrnehmung nur in einem Interview mit dem russischen Fernsehen Luft machen: »Wir haben Gesetze, die von Stalin sein könnten. Wenn Sie in Paris sagen, es gibt fünf Juden oder zehn Schwarze im Fernsehen, kommen Sie ins Gefängnis.«[10]

Es ist in der Zeit unmittelbar nach dem Ende der Krawalle gelungen, jede Diskussion über deren wirkliche Ursachen im Keim zu ersticken. Wer auf das faktische Scheitern der Integration hinweisen wollte, traf auf ein Kartell des Schweigens. Im schlimmsten Fall will man glauben machen, daß diese Unruhen nach dem Vorbild des Mai '68 ein größeres Maß an sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Offenheit zur Folge haben werden. Dabei handelt es sich nicht nur um eine Verzeichnung der Geschichte, sondern auch um fatale Ignoranz im Blick auf die Gegenwart.

Was bei der Diskussion über die Ereignisse in Frankreich praktisch vollständig übersehen wird, ist die Eskalation des Konflikts zwischen Einwanderern und Autochthonen. Die läßt sich nicht nur an der Zunahme der Krawalle und deren Brutalisierung ablesen, für die Behauptung einer entsprechenden Generaltendenz gibt es zwei weitere wichtige Indizien. Zum ersten die wachsende Bedeutung der *hate crimes*, eines Phänomens, das seit den neunziger Jahren in den Vereinigten Staaten mit zunehmender Besorgnis beobachtet wird. In seinem neuesten Jahresbericht hat das FBI eine Gesamtzahl von 7.649 »Haßdelikten« in den USA ausgewiesen. Dabei ist der größte Anteil rassistisch motiviert und mehrheitlich gegen Schwarze gerichtet.[11]

Ohne Zweifel ist das Phänomen der *hate crimes* mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren, da es verschiedenen Minderheiten dazu dient, ihren eigenen Status zu bestimmen und Forderungen zu erheben. Andererseits kann man mit gutem Grund den Eindruck haben, daß hier ein »Bürgerkrieg«[12] vorbereitet wird, bei dem Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit über traditionelle oder neuartige Identitäten definiert wird. Die Aggressivität richtet sich in jedem Fall gegen den Anderen, eben weil er »anders« ist, und sie zielt auf Vernichtung. Insofern ist die Grenze zwischen Haßdelikten und terroristischen Akten fließend. Das gilt auch und gerade in bezug auf jene Anschläge gegen Weiße, die als Repräsentanten weißer Herrschaft betrachtet werden. Die Täter müssen nicht, wie bei der Ermordung des niederländischen Regisseurs Theo van Gogh, zu den Migranten gehören, es können auch Sympathisanten sein, wie im Fall der Ermordung Pim Fortuyns, oder des Anschlags auf die dänische Ministerin für Migrationsfragen im Juni 2005, die aus ideologischen Motiven die Seite gewechselt haben.

Diese beunruhigende Kombination aus Ethnizität und politischer Radikalität spielt auch im Hinblick auf den zweiten der erwähnten Faktoren eine wichtige Rolle. Gemeint ist die Entstehung ethnischer oder religiöser Brückenköpfe in den westlichen Gesellschaften im Gefolge der Einwanderung aus islamischen Ländern. Man rechnet damit, daß sich während des Kriegs in Afghanistan zwischen achtzig und hundert junge Moslems französischer Nationalität den Taliban angeschlossen haben.[13] Eine noch deutlich größere Zahl von Freiwilligen scheint aus dem muslimischen Bevölkerungsteil Großbritanniens rekrutiert worden zu sein. Nach amtlichen Angaben sollen seit den neunziger Jahren zweihundert Jugendliche nach Kaschmir, Algerien, Tschetschenien und Afghanistan gegangen sein; die islamistische Organisation al-Muhajiroun spricht von »Tausenden«.[14] Unter den Selbstmordattentätern gegen das amerikanische Militär im Irak vom Oktober 2003 befand sich auch ein junger Jemenit aus Sheffield; neun der in *Guantanamo Bay* Festgehaltenen haben die britische Staatsbürgerschaft.[15] Auch die islamischen Selbstmordattentäter in London vom Juli 2005 galten als gut integriert. Eine Studie des Nixon-Center ergab, daß mittlerweile jeder vierte Mudschahedin in Afghanistan über eine EU-Staatsbürgerschaft verfügt, die ihm Reisefreiheit und Rückzugsmöglichkeit garantiert.[16]

Wenn man die *hate crimes* als Basisfaktor der neuen ethnischen Konflikte betrachtet, kann man die Globalisierung des Kulturkampfs als deren denkbaren Zielpunkt betrachten. Die Identifizierung der Jugendlichen in den *banlieues* mit den *gangsta*-Rappern und mit der Hamas mag man für martialisches Dekor halten, es spricht aber doch für Instinktsicherheit, daß sie sich diese Idole ausgewählt haben. Diese Instinktsicherheit nährt sich aus der Vorstellung, aktiv an einem weltweiten Konflikt teilzunehmen, der das 21. Jahrhundert prägen wird.

1 Vgl. Mark Baldassare: Introduction, in ders. (Hrsg.): The Los Angeles Riots. Lessons for the Urban Future, Boulder, San Francisco und Oxford 1994, S. 1–18, hier S. 5.
2 Vgl. Carl T. Rowan: The Coming Race War in America, Boston 1996.
3 Aufsehen erregte der Fall eines sechsundsiebzigjährigen Kriegsveterans, der von asiatischen Jugendlichen in »ihrem« Viertel attackiert und zusammengeschlagen worden war; vgl. NN: Schwere Rassen-Unruhen in Großbritannien, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 28. Mai 2001.
4 Vgl. Ian Herbert/Cahal Milmo: In Oldham's »no go« zone, all it took was a scuffle to set off a terrible night of rioting, in: *The Independent* vom 28. Mai 2001.
5 So der damalige Innenminister Vaillant, zit. nach NN: Synagogen angegriffen, in: *die tageszeitung* vom 17. Oktober 2000.
6 Zit. nach Thankmar von Münchhausen: Auch im übersichtlichen Paris nehmen Armut und Kriminalität zu, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11. Mai 1996.
7 Vgl. Ernst Cramer: Rassismus der Entrechteten, in: *Welt am Sonntag* vom 13. November 2005.
8 Vgl. Jürg Altwegg: Die Sklaven, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 27. April 2005.
9 Interview mit Malek Boutih »Reißt die Ghettos ab«, in: *Die Zeit* 26/2005.
10 Zit. nach Jürg Altwegg: Medienschelte. Frankreichs Regierung kritisiert die ausländischen Reporter, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16. November 2005.
11 NN: Die meisten Haßdelikte gegen Schwarze, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. November 2005.
12 Vgl. Denis Duclos: Les »crimes de haine«, symptôme d'une société américaine fragmentée, in: *Le Monde diplomatique*, Januar 1998.
13 Vgl. Jochen Hehn: Pariser Vorstädte sind Brutstätten des Terrors, in: *Die Welt* vom 5. Januar 2002.
14 R. B.: Britische Muslime in den Taliban-Milizen?, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 3./4. November 2001.
15 Vgl. Thomas Kielinger: Droht Großbritannien eine eigene islamische Intifada?, in: *Die Welt* vom 20. November 2003.
16 Vgl. Robert Leiken: Europe's Angry Muslims, in: *Foreign Affairs*, Juli/August 2005, S. 121.

Fazit

In seiner großen, 2001 erschienenen Untersuchung zu Geschichte und Struktur von Rassenkrawallen hat der amerikanische Politikwissenschaftler Donald L. Horowitz die These aufgestellt, daß die Zeit der auf Tötung zielenden *riots* im Westen vorüber sei. Es gebe zwar noch Schlägereien und von Gewaltakten begleitete Demonstrationen, aber ethnische Konflikte wie man sie aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gekannt habe, würden sich kaum wiederholen. Die Gründe dafür lägen in einem allmählich gewachsenen und tiefempfundenen Widerwillen der Nordamerikaner und der Europäer gegen das Töten von Angesicht zu Angesicht. Schon während des Zweiten Weltkriegs habe in den USA ein *general rethinking* im Hinblick auf die zukünftige Gestaltung der Rassenbeziehungen stattgefunden.[1]

Der Optimismus dieser Einschätzung überrascht angesichts der Tatsache, daß Horowitz in mehreren Arbeiten eine umfassende Theorie der ethnischen Konflikte dargelegt hat und vor den politisch unbequemen Schlußfolgerungen aus seinen Analysen – der Bedeutung männlicher Aggressivität und eines entsprechenden Hierarchie- und Territorialverhaltens zum Beispiel – keineswegs zurückscheut. Im Kern geht er aber doch von einer Annahme aus, die in Europa wie den USA weit verbreitet ist: der Annahme einer »lernenden Gesellschaft«,[2] die im Prinzip jede Herausforderung durch Informationsaufnahme und Informationsverarbeitung bewältigen kann. Die lernende Gesellschaft, so diese Vorstellung, kann auch die Probleme lösen, die mit der konfliktträchtigsten aller menschlichen Sozialformen – dem Vielvölkerstaat – verknüpft sind.

Sicher trifft zu, daß der Vielvölkerstaat – seitdem es komplexere politische Organisationen gibt – mit großer Häufigkeit aufgetreten ist. Wahrscheinlich kann man sogar von einer Normalform sprechen, sobald Stammesniveau überschritten wurde. Allerdings gewannen diese Vielvölkerstaaten an Stabilität nur unter der Bedingung imperialer Ausdehnung und autoritärer Führung. Die Expansion dürfte in den meisten Fällen die Ursache für ein Konglomerat verschiedener Ethnien gewesen sein, die Repression hielt sie zusammen und konnte sich im übrigen der Möglichkeit bedienen, einzelne Gruppen gegeneinander auszuspielen. Praktisch jedes Großreich der Vergangenheit funktionierte nach entsprechenden Grundsätzen. Sobald die Expansionskraft erschöpft war oder die Autorität nachließ, zerbrach das Gebilde durch den Druck neuer Feinde oder inneren Verfall.

Der moderne europäische Nationalstaat kann auch als Gegenmodell zu diesen imperialen Bildungen angesehen werden. Die Nation war nicht nur als ein homogenes Ganzes vorgestellt, sondern auch als eine die Freiheit verbürgende Ordnung. Es ist dabei ganz unbestreitbar, daß die Homogenität teilweise unter Druck hergestellt werden mußte, aber bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs

schien doch in den meisten Staaten West-, Nord- und Mitteleuropas durch die Nationalerziehung ein Zustand erreicht, der der Zielvorstellung relativ nahe kam. Die auf dem Weg der Nationalisierung gebündelten politischen, wirtschaftlichen und militärischen Energien haben zwar dazu beigetragen, daß sie – nach außen gelenkt – eine wesentliche Ursache für zwei Weltkriege bildeten. Das hat aber nicht dazu geführt, das nationale Prinzip vollständig in Frage zu stellen, sondern nur eine gewisse Modifikation im Hinblick auf den Grad der angestrebten Integration sinnvoll erscheinen lassen.

Daß Integration zu den zentralen Problemen von Staatlichkeit gehörte, blieb unbestritten. Nach Auffassung des Staatsrechtlers Rudolf Smends ist sie überhaupt die politische Kernaufgabe. Denn die Einsicht, daß sich der Zusammenhalt der Vielen in Einem keineswegs von selbst versteht, sondern das Ergebnis einer erheblichen Anstrengung ist,[3] droht immer wieder verloren zu gehen.

Wenn man sich die Frage stellt, wie es in den vergangenen vierzig Jahren zur Umwandlung der europäischen National- in Vielvölkerstaaten kommen konnte – dasselbe gilt mit Abstrichen für die USA –, so wird man die Hauptursache im Fehlen von Anstrengungsbereitschaft finden. Dabei mag die Erschöpfung der kollektiven Kräfte in den großen Kriegen eine Rolle gespielt haben. Wichtiger erscheint doch, daß das Erlöschen der Spannkraft ein typisches Dekadenzmerkmal ist. Der französische Schriftsteller Cécil Saint-Laurent ließ in einem seiner die Algerienkrise behandelnden Romane der sechziger Jahre eine Figur auftreten, die in elegischen Worten das künftige Schicksal des Westens ausmalt:

> »Das Römische Reich ist den Barbaren unterlegen, die zahlreich waren, und die Zivilisation hatte damals, im Militärischen, nicht die technische Überlegenheit über die Barbaren wie heute. Das Römische Reich ist gegen seinen Willen besiegt worden. Wir werden uns freiwillig besiegen lassen!«[4]

Diese Interpretation ist ohne Zweifel anstößig. Sie widerspricht der Vorstellung, es gebe so etwas wie einen selbstverständlichen Fortschritt, garantiert durch die Verbreitung moderner Technologien, Massenwohlstand und die Rationalisierung der Lebensvollzüge. Entsprechende Erwartungen haben sich aber, wenn man die Geschichte der letzten Jahrzehnte nüchtern betrachtet, nicht erfüllt. Stattdessen verstärkt sich der Eindruck zunehmender Desorganisation. Das gilt nicht nur für die USA und Europa, sondern auch für andere Staaten außerhalb dieses Raums, die nach westlichem Vorbild aufgebaut sind. Israel oder Australien sind gute Beispiele dafür, und beide haben auf die eine oder andere Weise ebenfalls mit ethnischen Konflikten zu tun.

Selten hat die verschlechterte Lage bessere Einsicht zur Folge gehabt. Vielmehr ist die ideologische Hegemonie der Befürworter des Multikulturalismus ungebrochen. Sie machen parallel zum offensichtlichen Scheitern ihrer Utopie Anstalten, zur offenen Unterdrückung ihrer politischen Gegner übergehen. Das Repertoire reicht von Zensurmaßnahmen und Sondergesetzen unter dem Deck-

mantel der Antidiskriminierung über ambitionierte Pläne zur gesellschaftlichen Umerziehung bis zu der Absicht, Autochthone und Allochthone zwangsweise zusammenzusiedeln.[5] Die Deutungshoheit im Medienbereich wird deshalb so schamlos angewendet, weil man voraussetzen darf, daß in Europa und Nordamerika faktisch keine gesellschaftliche Macht mehr existiert, die sich entgegenstellen könnte. Das gilt auch und gerade für Teile der Wirtschaft: Dort herrscht die Tendenz, den alltäglichen Kosmopolitismus des Managements als Gesellschaftsmodell zu betrachten und mit »aufgeklärter« Arroganz gegenüber der »ausländerfeindlichen« Masse zu kombinieren,[6] die nicht freiwillig und selektiv, sondern unfreiwillig und vollständig mit dem Anderen konfrontiert wird.

So dringt die Einsicht kaum durch, daß ethnische Konflikte zu einer Selbstverständlichkeit geworden sind und daß alles dafür spricht, die Ursache in einer anthropologischen Konstante – dem Vorbehalt, wenn nicht der Feindschaft gegenüber dem Fremden – zu sehen. Solche Konstanten sind zivilisatorisch nicht zur Gänze überformbar. Das vorausgesetzt, muß man mit einer deutlichen Verschärfung der Lage rechnen, und es bleibt die Frage, welche Maßnahmen ergriffen werden können:

1. Die Debatte über die neuen Vielvölkerstaaten ist offensiv zu führen. Es darf nicht länger verschleiert werden, welche Einzelnen und welche gesellschaftlichen Gruppen für ihre fahrlässige Herbeiführung verantwortlich sind.
2. Die beide heute einflußreichsten Deutungsmuster für ethnische Konflikte müssen bekämpft werden: jenes, das in ihm nur eine Variante des sozialen Konflikts sieht und jenes, das ihn als das Ergebnis von Vorurteilen betrachtet.
3. Insofern die herrschende Ideologie immer die Ideologie der Herrschenden ist, wird deutlich zu machen sein, wer zu den eigentlichen Nutznießern der Entwicklung gehört. Dabei ist unerheblich, ob es sich um linke Einflußgruppen, Parteien oder den multikulturellen Jet-Set handelt.
4. Jeder Kriminalisierung der Gegner des Multikulturalismus ist entgegenzutreten. Wer behauptet, ein Kritiker dieser Gesellschaftsform könne nur ein Dummkopf oder ein Verbrecher sein,[7] muß eine unmißverständliche Antwort erhalten. Dasselbe gilt für jeden, der mit Antidiskriminierungsgesetzen hantiert, um seine politischen Absichten zu kaschieren und Widersacher mundtot zu machen.
5. Kollektivrechte, die ethnische Sondergruppen in der Vergangenheit gewährt wurden, müssen abgeschafft oder wenigstens auch für die Autochthonen umgesetzt werden.
6. Das setzt eine bewußte Lobbyarbeit und letztlich die Schaffung einer starken Organisation voraus. Sie muß denjenigen helfen können, die auf Grund ihrer finanziellen Schwäche gezwungen sind, in einer Umgebung zu leben, die ihre Identität gefährdet.
7. Parallel zu diesen Anstrengungen sind alle politisch sinnvollen Maßnahmen zu ergreifen, die ein weiteres Anwachsen ethnischer Minoritäten und einen wei-

teren Rückgang der einheimischen Bevölkerung verhindern. Jede »natalistische« Politik muß die Autochthonen bevorzugen. Nur unter dieser Bedingung kann so etwas wie »Integration« überhaupt gelingen.

8. Für den Fall des Scheiterns dieser Absichten wird letztlich keine Alternative zu einer Segregationspolitik bestehen, wie sie offen oder verdeckt schon im Gang ist. Diese Art von »Brasilianisierung«, bei der sich Ober- und Mittelschicht in befestigte Siedlungen zurückziehen und den allfälligen Rest sich selbst überlassen, wäre allerdings die schlechteste aller denkbaren Varianten.
9. Bevor zu dieser Lösung gegriffen wird, sind alle Energien zu bündeln, um dem Verfall des nationalen und gesamteuropäischen Selbstbehauptungswillens entgegenzutreten.
10. Mit Debatten über »Leitkulturen« braucht man sich dabei nicht länger aufzuhalten. Es ist entscheidend, eine umfassende soziale Bewegung zu schaffen: Diese muß in ihrer Weltanschauung vernünftige wie emotionale Faktoren so stark bündeln, daß sie uns den guten Glauben an unser Recht verleiht.

1 Donald L. Horowitz: The Deadly Ethnic Riot, Berkeley, Los Angeles und London 2001, S. 562.

2 Vgl. Tessa Blackstone: Towards a learning society: can ethnic minorities participate fully?, in: dies., Bhikhu Parekh and Peter Sanders (Hrsg.): Race Relations in Britain. A developing agenda, London und New York 1998, S. 96–110.

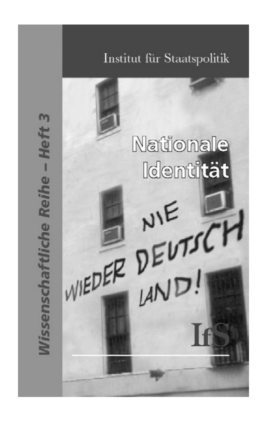
3 Vgl. Rudolf Smend: Verfassung und Verfassungsrecht, München und Leipzig 1928, S. 18.

4 Zit. nach Armin Mohler: Frankreichs Literatur der Rechten, in Gunthar Lehner (Hrsg.): Literatur zwischen links und rechts. Deutschland – Frankreich – USA, *thema*, Bd 2, München 1962, S. 77–101, hier S. 98.

5 Vgl. das Interview mit Malek Boutih, zwischen 1999 und 2003 Vorsitzender von SOS-Racisme, seitdem Nationalsekretär der Sozialistischen Partei, »Reißt die Ghettos ab«, in: *Die Zeit*, Nr. 46/2005.

6 Für den amerikanischen Fall vgl. die Analyse eines Linken, Michael Lind: The Next American Nation. The New Nationalism and the Fourth American Revolution, New York 1996.

7 »Wir brauchen viel, viel mehr Gelassenheit«, sagt Daniel Cohn-Bendit, Interview in: *Die Zeit* vom 18. November 2004.



Nationale Identität

Wissenschaftliche Reihe – Heft 3
Arbeitsgruppe 1 im Institut für Staatspolitik

November 2001 · 32 Seiten · € 8

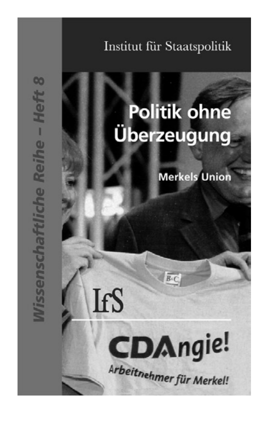


Die »Neue Rechte«

Sinn und Grenze eines Begriffs

Wissenschaftliche Reihe – Heft 5
Arbeitsgruppe 2 im Institut für Staatspolitik

Juli 2003 · 38 Seiten · € 8



Politik ohne Überzeugung

Merkels Union

Die designierte Bundeskanzlerin Angela Merkel meint, daß die Analyse ihrer Schlappe noch Zeit habe. Wir meinen das nicht!

Wissenschaftliche Reihe – Heft 8
Arbeitsgruppe 2 im Institut für Staatspolitik

Dezember 2005 · 34 Seiten · € 8



Institut für Staatspolitik
Rittergut Schnellroda · 06268 Albersroda
www.staatspolitik.de